SPRINGENDER PUNKT

DER SPRINGENDE PUNKT

Nr. 39 Mai '83



»So, nun sage als ein deutscher Mann deine Meinung frank und frei – wenn du noch kannst.«

HERAUSGEBER:
ALLGEMEINER STUDENTENAUSSCHUSS
DER MEDIZINISCHEN HOCHSCHULE LÜBECK

INHALT

Der Springende Punkt erscheint im SS zweimal und im WS dreimal.
Die Mitglieder der Redaktion werden für ein Semester vom Studentenparlament gewählt.
Die Entscheidung über Form und Inhalt der Zeitung bleibt der Redaktion vorbehalten.
Die einzelnen Artikel sind nicht namentlich gekennzeichnet. Dieser Beschluß wurde gefaßt, um den/die Verfasser/in vor eventuellen Repressalien zu schützen, die es leider in der Vergangenheit schon gab. Im übrigen deckt sich die Meinung in den Artikeln im Großen und Ganzen mit der der Redaktionsmitglier.
Die Namen der Redaktionsmitglieder und der Personen, die an der jeweiligen Ausgabe mitgearbeitet haben, werden in jeder Nummer im Editorial veröffentlicht.
Wer Artikel oder Leserbriefe schreiben will, soll bitte folgendes beachten: 1 1/2 Zeilenabstand, 11cm Breite. Die Termine zum Redaktionsschluß werden öffentlich bekanntgegeben.

V.i.S.d.P.: AStA der MHL, Ratzeburger Allee 160, 2400 Lübeck

Druck: AStA - Druck

Inhalt vom 39-ten Spri-Pu :

- Das Editorial steht auf Seite 3 !

Auch an dieser Ausgabe haben wieder 'ne ganze Menge Leute mitgearbeitet: Jürgen Bense, Andreas Gathen, Robert Kuhlmann, Susanne Schattenfroh, Anne Ihle, Sabine Reyer, Kirsten Bödecker, Hanno Schwalm.

Titelbild: A.Paul Weber, Zeichnung Februar 1933

PsychothErapEutischE BEratung

Die Studenten Lübecks haben eine psychotherapeutische Beratungsstelle. Sie ist in der MHL, Station 25b (Psychiatrische Poliklinik), Zimmer 26. Die Telefonnummer lautet 5002911.
Die Sprechstunde ist mittwochs von 15 Uhr bis 16.30 Uhr und nach Vereinbarung.
Die Pychotherapeutische Beratungsstelle ist ein Angebot, das sich an Studierende aller Hochschulen Lübecks richtet.Sie bietet Hilfe an in akuten Krisensituationen, zB Examensängstenoder bei Problemen, die während des"Studentenlebens"auftreten können, wie u.a. Isolation, Loslösungsprozessen vom Elternhaus, Arbeits- und Beziehungsstörungen.

Neben einzeltherapeutischen Sitzungenbesteht auch die Möglichkeit einer psychotherapeutischen Gruppe.
Die Leitung hat Diplom Psychologin Christiane Büge





EDITORIAL

Der Versuch hat begonnen, die "Wende", propagiert von gewissem Fallobst, auch an der MHL anzubahnen.
Dieser wurde am 1o.5. 83 in einer Stupa - Sitzung eingeläutet.
Vertreter der Gruppe "Stark" im Stupa (Wir wollen hier extra betonen, daß nicht die ganze Gruppe "Stark" hinter diesen Vorgängen steckt. Sie ist in diesem Punkt recht zerstritten.) stellten dem ASTA, der auch als offizieller Herausgeber dieser Zeitung fungiert, ein Ultimatum mit folgendem Inhalt:

Nimmt der ASTA weiterhin das allgemeinpolitische Mandat wahr, so werden diese Leute in offiziellen Briefen an das Kultusministerium von Schleswig - Holstein, sowie an das Präsidium der MHL diese Institutionen auffordern, ihrer Aufsichtspflicht nachzukommen. Dies heißt auf gut deutsch, sie sollen Verfahren gegen den ASTA einleiten, um zu prüfen, ob hier nicht ein Verstoß gegen bestehende Hochschulgesetze begangen wird, und ob nicht [redacted] eine Veruntreuung von studentischen Geldern vorliegt.

Unternimmt das Ministerium oder das Präsidium keine weiteren Schritte, so kann eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht werden, die diese Behörden zwingen würde, Untersuchungsverfahren einzuleiten.

Diese Praxis, forciert durch den RCDS als politische Gruppe, nimmt an den Universitäten in letzter Zeit stark zu. Paradebeispiele dafür sind Göttingen und Kiel. In diesen Unis werden inzwischen Zwangsgelder wegen jeglicher allgemeinpolitischen Äußerung vollstreckt. Der Betrag reicht bis zu 5ooo.- DM pro Flugblatt. Zahlen müssen dies die presserechtlich Verantwortlichen, die ASTA - Vorsitzenden oder die Finanzreferenten. Und zwar aus eigener Tasche, denn diese Verfahren richten sich nicht gegen den ASTA als Institution, sondern gegen die einzelnen Personen.

Bis heute hat sich die Oppositionsgruppe "Stark" zu solchen Schritten nicht hinreißen lassen. Sie hat auch bis heute die demokratischen und parlamentarischen Wahl-, sowie Abstimmungsniederlagen anerkannt, obwohl sie mit den allgemeinpolitischen Äußerungen und der Politik des bestehenden ASTA's nicht einverstanden war.

Nun diese "Wende"!

Wie denken, daß wir dies nur im Rahmen der poltischen Wende in der BRD sehen können. In Bonn, Kiel und in den anderen Landeshauptstädten wird ein neuer Kurs gefahren. Der Wind bläst schärfer.
Es wird versucht, die Zeit der "Reformen" und der winzigen Verbesserungen, also die 7oer Jahre, vergessen zu lassen.
Leute wie Adenauer werden wieder als Großvater auf's Schild gehoben.
Es soll ja auch nicht nur eine politische Wende, sondern auch eine geistige sein.
Auf hochschulpolitischem Sektor hat sich gerade jetzt wieder Birne sehr eindeutig auf der Westdeutschen Rektorenkonferenz geäußert, wie dies in der Praxis aussehen soll:

- Professoren sollen wieder einen "besonderen Rang" einnehmen,
- "der Kurs der Mitte" ist gefragt,
- ein "neues Klima des Vertrauens", in dem sich unkonventionelles Forscherdenken, Leistung und Risikobereitschaft wieder mehr entfalten können,
- Abschied von der These "Studium ist immer das Beste",
- ganz zu schweigen von Bafög - Kürzungen und den Studiengebühren.

Unter diesen Voraussetzungen ist natürlich kritisches und fortschrittliches Denken, Proteste und Opposition gegen Kriegs- und Hochschulpolitik, gegen Sozialabbau der konservativen rechten Regierung nicht gefragt, ja nur ein Störfaktor.

EDITORIAL

Ruhe ist die oberste Bürgerpflicht, auch auf Seiten der Studenten.

Und um diese Politik durchzusetzen, werden solche Leute, wie die Vertreter der "stark", dringend miß- (ge-) braucht.
Die Drecksarbeit muß ja nun jemand machen.

Warum das alles im Editorial des SpriPu?

Im Stupa wurde bei Stellung des Ultimatums auch gesondert der SpriPu erwähnt. Gerade hier würde Allgemeinpolitisches vertreten.

Zu diesem Zeitpunkt war der SpriPu schon im lay - out fertig, wieder mit vielen politischen Themen.
In der Redaktion kam eigentlich nie der Gedanke auf, jetzt den SpriPu zurückzuziehen.
Wir haben uns immer schon als politische Studentenzeitung verstanden.
Wir sehen die Hochschule als Teil einer Gesellschaft an, die verbesserungswürdig ist, die aber auch nicht vom Ganzen zu trennen ist.
Dies bedeutet, wir werden zu Mißständen, egal wo sie liegen, eine Meinung haben und sie äußern.

Dies wird sich auch in unseren Köpfen nicht ändern. Hier wird sich die "Wende", sei sie nun durch Berufsverbot, Kriminalisierung oder Zwangsgelder forciert, nicht vollziehen!

Es war uns desweiteren eindeutig klar, daß diese Nummer höchstwahrscheinlich die angekündigten Briefe wegen Verletzung des Ultimatums auf die Reise gehen läßt.
Auch die Resolution des Stupa, die auch mit eizelnen Stimmen der "Stark" verabschiedet wurde, in der jeder aufgefordert wird, von solchen rechtlichen Schritten abzusehen, wird diese Briefe nicht verhindern. Oder?

Leider!

Also Uwe, Harald und Achus an die Arbeit. Oder ist der Brief schon formuliert?

Noch eins zur Erklärung: Der SpriPu arbeitet bis jetzt kostendeckend, dank dem Selbstdruck und den Anzeigen. Studentische Gelder fließen nicht in den Springenden Punkt. Er springt bis jetzt noch immer allein.

Noch eine Wende: Die Redaktion hat sich geändert: Jörg, Doris, Michael und Michael arbeiten nicht mehr mit (aus verschiedenen Gründen), dafür aber Sabine, Kirsten und Ulrike. Hat sonst noch einer Lust?

In dieser Ausgabe steht die Friedensarbeit stark im Vordergrund, vertreten mit der Diskussion Gewalt/Gewaltfreiheit und dem Bericht zum 3. Medizinischen Kongreß in München.
Aber auch in dieser Nummer: Jugendzentren in Lübeck (Alternative, Zentrum), Faschismus (bestimmt nicht zum letzten Mal).

Viel Spaß beim Lesen.

Wir hoffen, daß wir Mitte Juni noch in gleicher Weise erscheinen werden. Wir werden auf jeden Fall alles dransetzen. Bis dann.



"HEISSER HERBST" in der Friedensbewegung?

"Wir leben in einer Vorkriegs-und nicht in einer Nachkriegszeit" (Rostow)
"Es gibt wichtigere Dinge als im Frieden leben" (Haig)

Am 22.23. April fand in Köln die 3.Aktionskonferenz der Friedensbewegung statt,um über Aktionen im Herbst gegen die dann unmittelbar bevorstehende Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen zu diskutieren. Es waren zwei deutlich abgrenzbare Spektren vertreten,zwischen denen es fast zur Spaltung kam,zum einen das DKP-gewerkschaftlich-SPD orientierte Spektrum, zum anderen die autonomen Gruppen(Bundeskonferenz autonomer Friedensgruppen,BAF).
Bevor ich versuchen möchte,den gegenwärtig entscheidenden Konfliktpunkt zu skizzieren, kurz zum Ergebnis des Treffens :Vom 15.-22.10. soll eine bundesweite Aktionswoche stattfinden, überwiegend Aufklärungsarbeit,jeden Tag mit einem anderen Schwerpunkt (Tag der Arbeiter, Tag der Parlamente,Tag der Frauen etc.), parallel dazu direkte Aktionen,Blockaden an Stationierungsorten und Atomwaffenlagern.
Als Abschluß sind 3 Großaktionen("Volksversammlungen")am 22.10. geplant,eine in Bonn, und je eine in Nord-und Süddeutschland an einem Stationierungsort,Atomwaffenlager o.ä. Ähnliche Aktionen werden in dem gleichen Zeitraum auch in anderen europäischen Ländern und in den USA stattfinden,außerdem ein Solidarisierungsfriedensmarsch in Nicaragua.
Die heterogene Zusammensetzung des politischen Spektrums der Friedensbewegung bei uns hat es mit sich gebracht,daß über die Unzahl von Differenzen hinweg,die auf Bundesebene,regionaler Ebene,selbst quer durch Parteien und Gruppen bestehen,der sogenannte "Minimalkonsens" formuliert und sich in der Arbeit danach gerichtet wurde,nämlich die Verhinderung der "Nach"rüstung. Ursächlich bedingt durch die trotzdem bestehenden politischen Differenzen, entlädt sich für mich die ganze Konfrontation innerhalb der Bewegung in einem einzigen entscheidenden Konflikt: geht es in Zukunft um die weitere Verbreiterung der Friedensbewegung,um die an Menschen zahlenmäßige Zunahme,oder geht es um die Verstärkung des außerparlamentarischen Druckes auf die herrschende Politik.
Die organisierten Differenzen treten in 2 Ebenen auf,einerseits zwischen DKP-gewerkschaftlich orientierten Gruppen,die weiterhin im wesentlichen für zentrale Großdemos eintreten und den Autonomen(BAF),die den Schwerpunkt in direkten Aktionen an Stationierungsorten etc. sehen. Die zweit Ebene des an sich gleichen Konfliktes befindet sich innerhalb der BAF, zwischen denen die bei den Blockaden das Prinzip der Gewaltfreiheit absolut festgeschrieben haben wollen,und denen die zumindest Gewalt gegen Sachen in die Aktionen einbezogen haben wollen,außerdem auch zur aktiven Selbstverteidigung stehen.

Durch die ausschließende Alternativformulierung ~~entweder~~ entweder Vergrößerung der Friedensbewegung oder stärkerer Druck auf die Politik,mögen sich jetzt einerseits diejenigen diskriminiert fühlen,die da meinen,die zahlenmäßige Ausbreitung der Bewegung,die dann in immer größeren Demos zum Ausdruck kommen soll, verstärke auch gleichzeitig den außerparlamentarischen Druck. Dazu möchte ich sagen,daß es keinesfalls einen Automatismus gibt zwischen der Äußerung von Protest,sei er zahlenmäßig und verbalradikal auch noch so stark,und dessen Umsetzung in praktische Politik,schon gar nicht wenn es um die maßgeblich von den USA und NATO gelenkte Rüstungspolitik geht. Demonstrationen sind eben kein Widerstand sondern Protest ("Protest ist,wenn ich sage,das und das paßt mir nicht,Widerstand ist wenn ich dafür sorge,daß das,was mir nicht paßt,nicht länger geschieht" Black-Power-Bewe-

gung), und es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß unser politisch-gesellschaftliches System davon eine ganze Menge vertragen kann, diesen Protest kanalisieren und integrieren kann, ohne sich entscheidend ändern zu müssen. In Hinblick auf die Friedensbewegung haben Großdemos ihren Platz und ihre Berechtigung gehabt. Am 10.10.81 in Bonn hat sie dadurch zum ersten Mal unübersehbar deutlich gemacht, daß sie existiert, hat sich von diesem Ausgangspunkt aus stark ausgebreitet, und ist ins "öffentliche Bewußtsein", der Bevölkerung, der Medien, der Politiker gelangt, zu der man Stellung nehmen muß, und sei es auch durch Strafanzeigen und Diskriminierung. Doch schon die 2. Großversammlung ein halbes Jahr später hatte den unangenehmen Beigeschmack von Selbstbestätigung und Gruppen-feeling: während wir rechts-rheinisch in der Sonne auf dem Rasen lagen, Reden und Musik hörten, wurde Beirut von den Israelis zusammengeschossen, ausgehungert, die Krankenversorgung unmöglich gemacht; gleichzeitig begann der Falklandkrieg-und wo war die englische Friedensbewegung? Sie veranstaltete ebenfalls eine große Friedensdemo, und redete dabei über Abrüstung in Ost und West, nichts weiter!

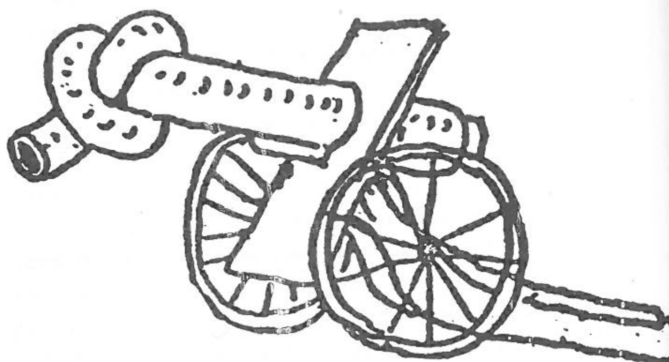


Trotzdem sollte es ruhig weiterhin Demos und Friedensmärsche geben, sie können als Ausdruck des Protests Einstiegs-und Ergänzungsfunktion haben, und dadurch der Verbreiterung der Bewegung dienen, aber sie dürfen keinesfalls in ihrer Wirkungsmöglichkeit zu beruhigender Selbsttäuschung führen.



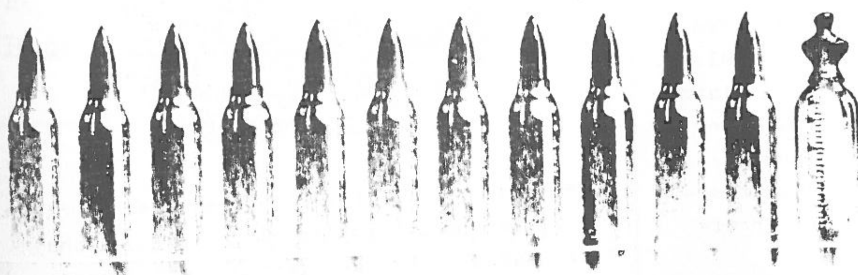
Die anderen, die sich von der Ausschließlichkeit der Alternative diskriminiert fühlen mögen sind diejenigen, die meinen, wir könnten durch direkte Aktionen an den Stationierungsorten, wenn sie nur vorsichtig und gewaltfrei genug durchgeführt werden, neben der Verstärkung des Druckes auf die herrschende Politik gleichzeitig auch zur Verbreiterung der Bewegung beitragen;
Die Gewaltfreiheit wird außerdem moralisch begründet, daß unsere Aktionsform unserem Ziel, nämlich Frieden, nicht widersprechen dürfe.

Die Verlagerung der Aktionen von Demos zu Blockaden, von Großengstingen über den 12.12. bis jetzt zu den Ostermärschen stellt für mich eine positive Entwicklung der Friedensbewegung dar, die die Chance beinhaltet zum Ausgangspunkt von so etwas wie Widerstand zu werden, in der für unsere aktuelle historisch-sozialpolitischen Situation möglichen Form.
Nur, bisher haben auch diese Aktionen noch eher den Charakter eines, wenn auch intensiver zum Ausdruck kommenden, Protestes, den die Herrschenden sich erlauben können zu dulden, weil er sie und das System nicht ernstlich bedroht.
Beide Blockaden, die ich in Kellinghusen mitgemacht habe, glichen auch eher einem Volksfest, die Beziehungen der Blockierer zu Polizei und Soldaten konnten als "sehr gut" bezeichnet werden, was im Austausch von Ostereiern und Blumen zum Ausdruck kam. Isoliert betrachtet ist zwar nicht schon unbedingt die Stärke der Konfrontation mit der Polizei ein Zeichen für die Wirksamkeit einer Aktion, aber sie ist dennoch ein Indikator dafür, in welchem Maße Aktionen der herrschenden Politik direkt bedrohlich werden und damit zu Widerstand werden.
Die Frage, inwieweit diese direkten Aktionen an den Stationierungsorten zu Widerstand werden kann, entscheidet sich ~~sich~~ an der Gewaltfrage.



Wird die "Gewaltfreiheit" prinzipiell festgeschrieben, so werden wahrscheinlich immer größere Teile der Friedensbewegung an diesen Aktionen teilnehmen früher oder später, weil sie für viele wohl die adequatere Ausdrucksform als Großdemos für Wut, Ablehnung und Angst gegenüber der herrschenden Kriegstreiberpolitik ist, sie wird dann aber auch nicht über Protest hinausgehen und geschluckt werden können. Einigt man sich aber auf "Nicht-Gewaltfreiheit" und dann wäre näher einzugrenzen was das bedeutet, wieweit die Nichtgewaltfreiheit gehen kann und darf, dann muß man realistischerweise akzeptieren, zu einer "radikalen Avantgarde" zu werden, der zunächsteinmal nicht allzuviele zu folgen vermögen.
In diesem Zusammenhang möchte ich ein Zitat von Ernesto Cardenal, nicaraguanischer Priester und Widerstandskämpfer, bringen: "Ein nordamerikanischer Jesuit, der ein Freund von mir und einer dieser kompromißlosen Pazifisten ist, schrieb mir einen offenen Brief, in dem er meine Verteidigung des sandinistischen Kampfes verurteilt und mir sagt, kein noch so hohes Prinzip wiege soviel wie das Leben eines einzigen Kindes. Ich habe ihm geantwortet, damit sei ich vollkommen einverstanden, die Sandinisten kämpften für das Leben von Tausenden von Männern und Frauen, Alten und Kindern, die Tag für Tag ermordet werden, und kein noch so hohes Prinzip, nichteinmal das des kompromißlosen Pazifismus, wiege soviel wie das Leben eines einzigen dieser Kinder".
Wir sind nicht in Nicaragua, leben nicht in offenem Krieg, und Widerstandsformen sind abhängig vom sozialen und politischen Zusammenhang somit nicht ohne weiteres übertragbar. Nur müssen wir uns auch fragen, ob wir unser Reden von einem immer wahrscheinlicher werdenden Krieg, durch die immer offensiver auf Konfrontation gehende amerikanische und Natopolitik, auch wirklich ernst meinen, ob wir mit Begriffen wie "Angst vor dem Atomkrieg" nicht nur kokettieren, wenn schon das Verkleben von Türschlössern zu endlosen Debatten führt (wie bei der Blockade des Atomwaffenlagers Kellinghusen geschehen). Angesichts der Tatsache, daß in einem West-Ostkrieg die toten Kinder nicht in Tausenden, sondern in Abermillionen gezählt werden müßten, wobei die Frage ob Atomkrieg oder "konventioneller" Krieg nahezu unerheblich ist, rechtfertigt das nicht unzweifelhaft die Einigung auf echte Widerstandsstrategien, die zunächsteinmal zumindest Gewalt gegen Sachen, ausdrücklich im Sinne von Störung und Zerstörung, einschließen, um der herrschenden Politik, den hinter ihr stehenden Menschen und Interessen, unzweideutig zu drohen, daß Kriegstreiberpolitik und Kriegsvorbereitung zumindest in der BRD zu Unregierbarkeit führen kann. Bezüglich der bevorstehenden "Herbstaktionen" sollten wir uns aber auch klar darüber sein, daß der Widerstand gegen die "Nachrüstung" nur beispielhaften Charakter gegen Kriegsvorbereitung überhaupt hat, auch wenn natürlich durch die Einführung dieser neuen Waffen die Gefahr der Illusion eines führbaren Atomkrieges besonders groß ist. Aber ob Stationierung der Raketen oder nicht wird in jedem Fall auch über dieses Datum hinaus nicht ohne weiteres (d.h. ohne weiteren Widerstand und politischen Kampf) von einer Politik Abstand genommen werden, die Reagan 1981 so erschreckend klar formulierte, daß sie sich nicht damit abgeben werde, den Kommunismus anzuprangern, sondern sich seiner entledigen werde, "auf daß künftige Generationen diese amerikanische Nation und ihre grßen Ideale ehren können."







Was heißt denn hier Gewalt?

Gehen wir 'mal davon aus, daß heute innerhalb der verschiedenen Strömungen von Friedens- und auch Anti-AKW-Bewegung zumindest in einem Punkt Einigkeit besteht: Dem Gewaltmonopol der Herrschenden unseres Staates muß Widerstand entgegengesetzt werden!
Uneinigkeit kommt spätestens dann auf, wenn über Formen des Widerstands beraten wird: Dem gewaltfreien Widerstand wird die Anwendung von Gewalt, also gewaltsamer Widerstand gegenübergestellt.
Die Begriffe sind schwammig. Es stellt sich die Frage, was überhaupt heißt hier Gewalt, was ist unter gewaltsam zu verstehen, was bedeutet "Konzept der Gewaltlosigkeit?



Gewalt- öffentlich anerkannt und rechtmäßig-darf vom Staat ausgeübt werden. Denn: Auf- und Ausbau von AKW's, WAA's, Stationierung von Atomwaffen, Vergiftung von Luft, Wasser, Lebensmitteln, Zerstörung und Entfremdung unserer Umwelt durch Asphaltierung, Planierung, "modernen" Wohnungsbau, Auswirkung der sozialen- bzw. ökonomischen Krise auf die Sozialschwachen unserer Gesellschaft, rücksichtsloses Durchsetzen von Kapitalinteressen -- das ist die Gewalt, der jeder von uns Tag für Tag ausgesetzt ist!

Gewalt - öffentlich für unrechtmäßig befunden und verurteilt - ist auch: Hausbesetzung, Blockaden,Zertrümmern von Fensterscheiben, Bauplatzbesetzung, jegliche Art von Sabotage bis hin zu gezielten Sprengstoffanschlägen (s.Kalkar), Vorgehen gegen Menschen, sei es zur Selbstverteidigung, sei es, wenn notwendig, zum Erreichen eines bestimmten Zieles!

Gewaltfrei ist also - logischer Schluß - derjenige, der von der Anwendung welcher Art von Gewalt auch immer Abstand nimmt. Damit gehört er zu den Vertretern und Anhängern des "Konzepts der Gewaltlosigkeit", zu denen sich ebenso wie "die Grünen" auf ihrem Weg in den Parlamentarismus auch große Teile der Friedensbewegung zählen: Dem Gewaltmonopol des Staates soll die absolute Gewaltlosigkeit entgegengesetzt werden!" Gleichzeitig erfolgt somit die gewünschte Distanzierung von "militanten Chaoten", für die Grünen als Partei bedeutet dies Schutz vor Kriminalisierung und Parteiverbot.

Welche weiteren Beweggründe führen hin zum Konzept der Gewaltlosigkeit?
Für die Friedens- und Umweltbewegung ist die Schaffung einer möglichst breiten Anhängerschaft als Basis von Bedeutung. Durch Einbeziehung sogenannter gewaltsamer,"krimineller" Handlungen ins Widerstandskonzept würde "Lieschen Müller" aber nun denn vollends abgeschreckt - würde, jetzt vielleicht noch hin- und wieder verständnisvoll über den Rand seiner Bild- Zeitung blinzelnd, ganz und gar zum Gegner der Bewegung.
Gewaltfreiheit aber auch aus Angst vor der Auseinandersetzung mit dem in vieler Hinsicht überlegen erscheinenden Staatsapparat, Gewaltfreiheit aufgrund persönlicher Ängste, persönlicher Überzeugungen, ganz gleich ob diese auf religiösen oder anderen Ideologien gründen.



Vergessen wir auch nicht jene scharfsinnigen Taktiker unter den "Gewaltfreien", welche den augenblicklichen Zeitpunkt für andere

ASTA MHL DURCHSUCHT

ER HEISSE HERBST BEGANN IM SOMMER

m Dienstag dem 9.8.83 durchsuchte ie Staatsanwaltschaft mit 8 (!) Polizisten die Räume des ASTAs. Anlaß ieser Aktion, von der kein ASTA-Mitglied informiert und somit auch icht anwesend war, war ein Artikel n der Studentenzeitung "Springender unkt" Nr. 40, in dem zur Teilnahme n den Blockaden in Bremerhaven im erbst aufgerufen wird.

Durchsuchungsbefehl heißt es: ıs dem Inhalt des Artikels, der att"Latsch"-Demonstrationen "direkere Widerstandsformen" fordert, ergibt sich, daß der Verfasser nicht lein zum Recht der freien Meinungsßerung (Art. 5 Grundgesetz) und ır Versammlungsfreiheit (Art. 8 rundgesetz) Stellung nimmt, sondern ı rechtswidrigen Taten (Nötigung u.a.) ıfordert."

schlagnahmt wurden alle greifbaren cemplare des "Spri-Pus", Teile des euen Erstsemester-Infos, sowie die ruckplatten und die Lay-outs. Hierırch soll nun der "Verdacht der geeinschaftlichen öffentlichen Aufprderung zu Straftaten"erhärtet erden.

ıch Auskunft der VDS (Vereinigte utsche Studentenschaften) in Bonn t diese Durchsuchungsart erstmalig der Bundesrepublik.

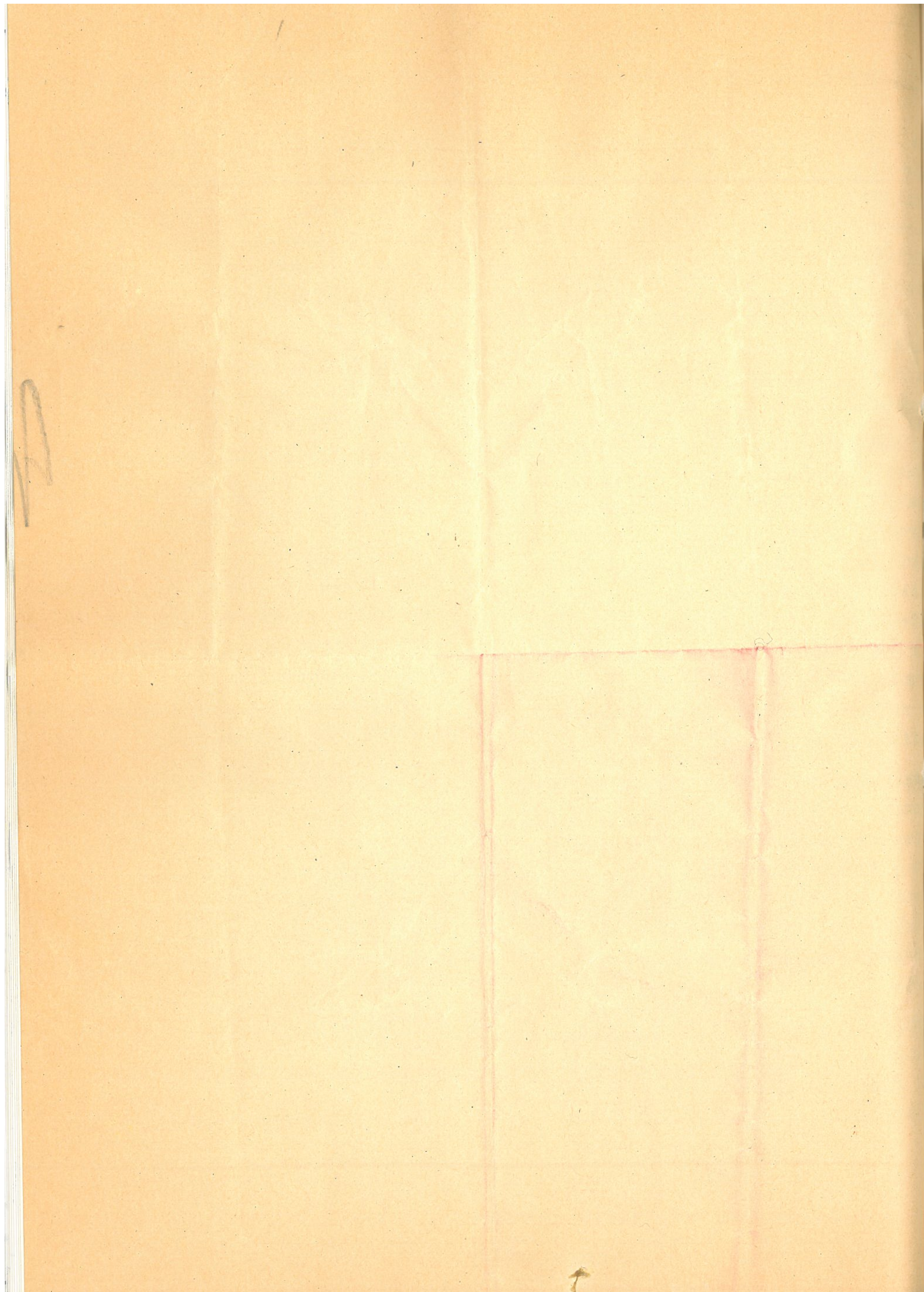
Der ASTA sieht in dieser überraschenden Durchsuchung zum Einen einen Angriff auf die Möglichkeiten der hochschulpolitischen Arbeit, insbesondere auf die Wahrung des politischen Mandats.

Zum anderen ist dieser staatliche Eingriff ein Schritt in dem Program die Friedensbewegung einzuschüchter und eine Kriminalisierung der geplanten Aktionen im Herbst gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise missile vorzubereiten.

Am 6.August wurden Friedensgruppen beim Flugblattverteilen gegen die US-Militärschau in Ramstein von US-amerikanischen Militärpoliziste und deutscher Polizei auf brutale Weise festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Die unverhältnismäßige Härte mit der jetzt und sicher in nächster Zeit zunehmend gegen die Friedens-bewegung vorgegangen wird, zeigt unsere Stärke und soll uns ermutigen, uns nicht einschüchtern zu lassen und weiter gemeinsam gegen die Stationierung von Atomwaffen zu kämpfen !

V.i.S.d.b.P.: ASTA MHL
A. Jhle
Ratzeburger Allee 160



..ls gewaltfreie Widerstandaktionen für ungünstig befinden....."die Revolution findet erst morgen statt..."
Jeder, der Widerstand leistet, wird sich irgendwann über dessen Wiksamkeit Gedanken machen. Nicht wenige fragen sich mittlerweile ernstlich, was jene "gewaltfreien Aktionen" überhaupt bewirken, die reibungslos, ja in trauter Absprache mit der Polizei, über die Bühne gehen. Entspricht es eigentlich noch den realen Verhältnissen, wenn, als Protest gegen geplante Massenvernichtung Polizisten - hier als Handlanger die Herrschenden unseres Staates bedingungslos vertretend - mit Blumen behängt werden?
Kann der Konfrontation mit der Staatsmacht überhaupt ausgewichen werden? Diese Konfrontation besteht doch für Menschen die ihre Augen offen haben sowieso Tag für Tag - so zum Beispiel für jeden Kriegsgegner in der Kriegspolitik der Nato!
Hüten wir uns möglichst davor, die Logik zu schlucken: Was gewaltlos ist legal - was gewaltsam illegal !
Spätestens wenn sich eine bisher unter der Überschrift "gewaltlos" laufende Aktion (z.B. Blockade) als auch nur halbwegs erfolgreich erweist, wird sie von den Regierenden für



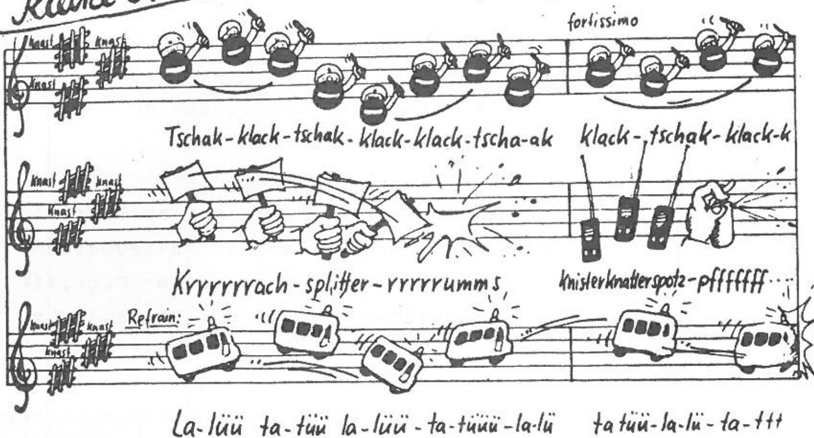


illegal erklärt. Damit wird sie also für Verfechter oben erwähnter Logik "gewaltsam" und aus dem Katalog weiterer Widerstandsformen gestrichen!
Fazit: Die Herrschenden diktieren uneingeschränkt, was zur Zeit gerade als "Gewalt" gilt!
Es besteht die Gefahr, daß Formen gewaltfreier Aktionen (z.B. Großdemos u.ä.) von den Staatsregisseuren und deren kritiklosen Statisten als "Spielart" unserer Demokratie geduldet, in die ganze Großinszenierung miteingeplant, ja sogar als untrügerischer Beweis für die in der BRD herrschende große Freiheit herangezogen werden.
... Gefahr ist die kaum aufzuhaltende Spaltung der Widerstandsbewegung in "Gewaltfreie" - Parlamentarier sowie deren Wähler, welche nach Ankreuzen ihres Wahlzettels ruhigen Gewissens die Hände in den Schoß legen - auf der einen, BI's als aktive Basisbewegung auf der anderen Seite.
Das mittlerweile schon obligate Plädoyer für die absolute Gewaltfreiheit auf den Lippen vieler Grüner, Friedensbewegter u.ä. verursacht nicht nur mir auf die Dauer Kopfzerbrechen.
Einmal abgesehen davon, daß die Floskel "Gewaltfrei" im Grunde inhaltslos bleibt (denn: was ist Gewalt, was gilt heute gerade noch als gewaltfrei?), bewirkt sie Abgrenzung, Spaltung.
Es ist unsinnig, will mensch etwas bewirken, sich auf eine bestimmte Form von Widerstand festzulegen, diese zum Glaubensbekenntnis, zur Ideologie zu erheben.
Noch unsinniger ist es dann, sich im Widerstand gegen staatliche Maßnahmen am Begriff der Gewalt bzw. Gewaltfreiheit festzubeißen, dabei die gängige Definition dieser Begriffe von den Herrschenden im Staat kritiklos zu schlucken.
Wirkungsvoller Widerstand muß in Zukunft mehrgleisig laufen. Einerseits sollten sicher auch weiterhin Unterschriften gesammelt und Großdemos als Massenvolksfeste veranstaltet werden, andererseits wird es nicht verkehrt sein, Bauplatzbesetzungen, Blockaden, Störung der zur Durchsetzung von Großprojekten (AKW's, Raketenstationierung) notwendigen Infrastruktur, also Sabotage u.ä. mit ins Widerstandskonzept aufzunehmen.
Versteifung auf ein bestimmtes Konzept engt nur den Handlungsspielraum ein.
Gerade heute ist Flexibilität in der Widerstandsstrategie unbedingt notwendig.
Die Frage ist doch: Inwieweit kann dieser Tage wirklich noch etwas erreicht werden, indem man der Totalgewalt der Herrschenden die absolute Gewaltfreiheit entgegenstellt?

Warten wir bis zum Herbst, doch hoffentlich nicht bis es zu spät ist!
Klar ist, daß über Art und Charakter einer Aktion von vorneherein Klarheit bestehen sollte. Nur darf nicht ständig der Begriff "gewaltlos" zum obersten Grundsatz erklärt weren. Jeder hat schließlich eine andere Vorstellung davon, was "gewaltfrei", was "Gewalt" für ihn bedeutet.
Die einen schließen jegliche Gewaltanwendung, bishin zum Verkleben von Schlüssellöchern, für sich aus, andere nur die Gewalt gegen Menschen.
Letztlich erfolgt bei Aufruf zu einer "gewaltfreien" Aktion sofort Abgrenzung zu dem, was dann als "gewaltsame" Aktion eingestuft werden müßte.
Fliegt nun auf solch einer "gewaltfreien Veranstaltung" doch 'mal ein Farbbeutel, vielleicht gar ein gezielter Stein ins Schaufenster, genügt dies bereits: Geschürt durch die Massenmedien wird der Steinewerfer zum "militanten Chaot", wärmstens begrüßt als Sündenbock gerade von Angehörigen der Generation, die dafür verantwortlich zeichnet, halb Europa in Schutt und Asche gelegt zu haben, gerade von den Fädenziehern, die auch heute wieder klaren Kopfes Atomkriege planen!
Was also heißt denn hier Gewalt?



Kleine Nachtmusik











3. Medizinischer Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges. München 23. und 24. April 83 Salvatorkeller

Wir werden Euch nicht helfen können.


IM TREPPENHAUS
Zeichnung: 1934

- dieser Geleitsatz zum "3.Medizinischen Kongreß zur Verhinderung eines Atomkrieges", der am 23./24.April in München stattfand, verdeutlicht in kürzester Form das Motiv der Mobilisierung und Formierung von Initiativen der Mediziner und Beschäftigten im Gesundheitswesen.Es ist der Versuch,in den Ärzteparlamenten und außerhalb die Problematik aufzuzeigen und die Bevölkerung zu informieren,wie es auch schon Ziel der ersten beiden Kongresse in Hamburg und Berlin war.
In Anbetracht der nur kurzen Zeitspanne(knapp 5Monate)zwischen dem 2.Kongreß in Berlin und diesem dritten ist bei mir,wie bei einigen anderen "Halb-Informierten" wohl auch,ein Gefühl der Übersättigung hochgekommen.
Aber gerade jenes Gefühl beantwortet die Frage nach der Notwendigkeit dieses Kongresses - die Gefahr der Ermüdung im dritten Jahr nach dem Nachrüstungsbeschluß ist groß.
Und das Gefühl der Ausweglosigkeit angesichts der im Oktober'83 geplanten Stationierung der Mittelstreckenraketen kommt sogar oder vielleicht gerade bei den wirklich Engagierten auf. Die Dringlichkeit eines ständigen Austausches der - selbst in nur kurzen Zeitabständen-gewonnenen Erfahrungen(und auch Frustrationen),die gegenseitige Unterstützung des "Stehvermögens",und die Verdeutlichung des Erfordernisses,in der Friedensarbeit immer wieder von vorne anfangen zu müssen, gerade in diesem für Mitteleuropa wohl gefährlichstem Jahr - all dies bestimmte die Athmosphäre,in der vorgetragen und diskutiert wurde.Sie ließ etwaige Unzufriedenheit,daß sich seit Berlin ja nicht viel Entscheidenes getan habe(immer noch kein Patentrezept für den Frieden)wohl kaum noch hochkommen.
Und so ergoß sich ein weiteres Mal die geballte,erschreckend-allumfassende Problematik über die ungefähr 3ooo Teilnehmer.

Die Zeichnungen zu diesem Artikel entstammen alle dem Buch
A. Paul Weber - 5o Jahre danach
Politische Zeichnungen 1929-36
(Übrigens gibt es in Ratzeburg ein Paul Weber Haus, in dem die Zeichnungen ausgestellt sind. Sehr sehenswert und vor allen Dingen sehr lehrreich!)

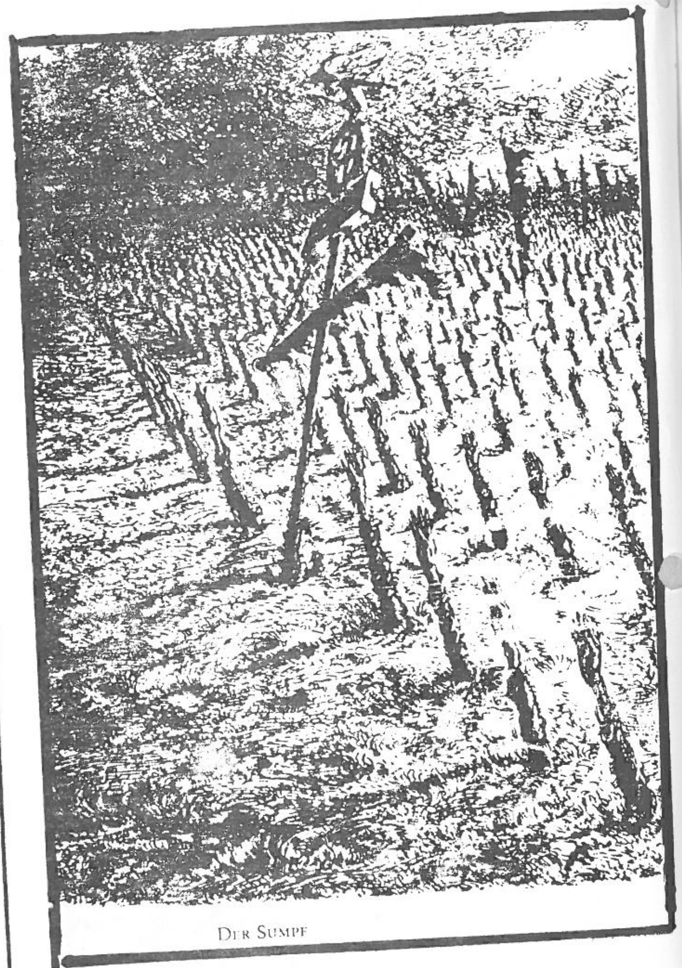
Helferdrang und Größenwahn

Till Bastian als einer der ersten Redner verstand es,das "Selbstwertgefühl"eines jeden Anwesenden anzuheben,indem er eine "zornige Skizze"-wie er es nannte- über "Helferdrang und Größenwahn" der "ärztlichen Standesfürsten zeichnete und die so oft geäußerten Zweifel an dem ärztlichen Ethikverständnis der sogen. Atommediziner ad absurdum führte.(mit markigsten Sprüchen...) "Helferdrang und Größenwahn" - hiermit zielte er auf die unterstützende Haltung der konservativen Ärzteschaft hinsichtlich der Katastrophenmedizin(sprich:Kriegsmedizin) und ihren in letzter Zeit auffallend gehäuften Fortbildungsveranstaltungen ab.Siehe auch im Juni in Lübeck. Bastian kritisierte aber auch die Haltung von uns allen, verdeutlichte "die dunkle ,destruktive Macht von nichtgeäußerten Gedanken" - wir müßten "die agressive Schwäche in uns selbst erkennen",kurz,er holte zu einem "anpowernden"Rundumschlag aus: Gebot der Stunde - Sozialer Ungehorsam.
Ich will es mir nicht zur Aufgabe machen, ebenfalls zu einem Rundumschlag auszuholen - und so werde ich nicht mehr berichten über das Referat von Irwin Redlener,USA,der die Horrorszenarerie eines A-Bombenabwurfes über München ausmalte,nicht über das weltweit steigende Massenvernichtungswaffenpotential, nicht über die Bedeutung der Aufrüstung für die Entwicklungsländer und auch nicht über die beständigen,weil hochpolitischen Zenfralthemen Katastrophenmedizin,Wehrpsychiatrie, Zivilschutz. Und über die ärztliche Ethik mit ihrer politischen Präventivfunktion - ja/nein - wäre wohl eher eine philosophische Abhandlung zu schreiben.
Und es bleibt auch so genug.

Alternative Verteidigung

Interessant der Vortrag von Prof.Johann Galtung,norweg.Friedensforscher,der,wie schon Prof.Frank Barnaby in Berlin,die Möglichkeite der "alternativen Verteidigung" erklärte : Nicht Schwerter zu Pflugscharen,sondern Schwerter zu Schildern. Also keine Ab,-sonder eine Umrüstung zu nicht-atomaren,nichtprovozierenden(!) Defensivwaffen.

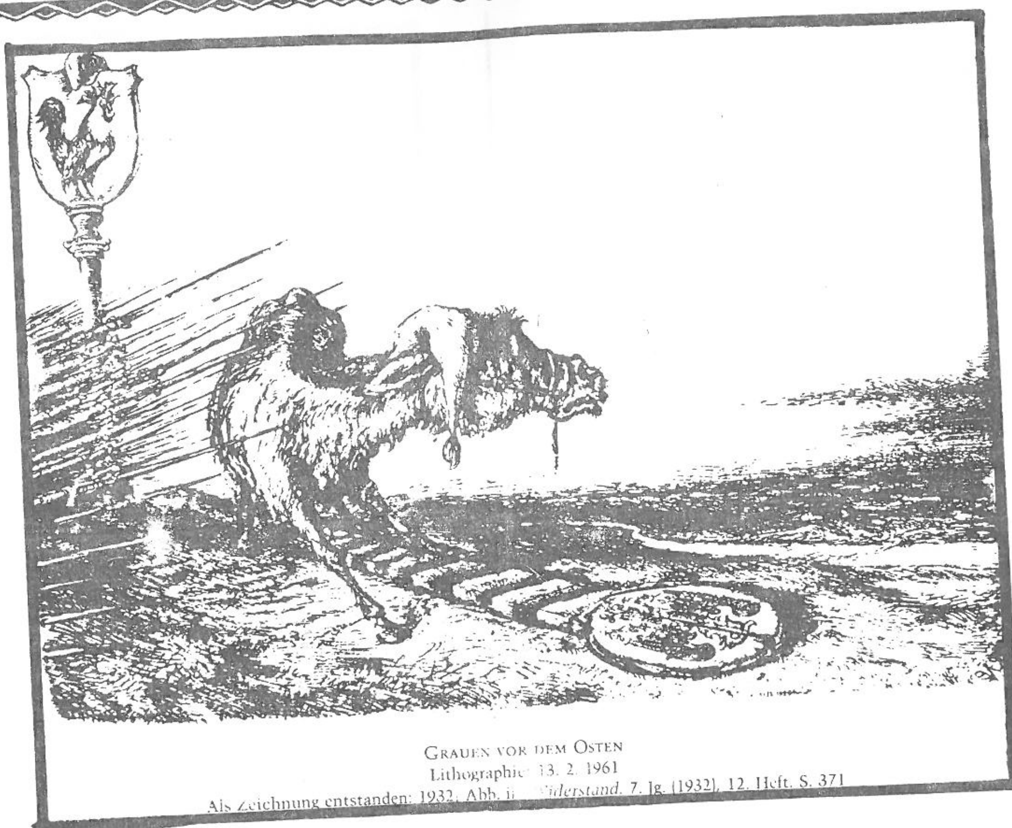
Entscheidend in diesem Konzept die Milderung des Spannungsverhältnisses zur Sowjetunion. Das in den meisten von uns tiefsitzende,wohl auch fortwährend geschürte Feindbild des Russen sei nicht als paranoid-irrsinnig abzutun.In Zeiten der Bedrohung habe sich der Stalinismus sehr wohl immer verschärft wie auch jetzt im Zuge der nicht zu verleugnenden Offensivrüstung(Mittelstreckenraketen, Erstachlagstheorie der USA).Dieses Verteidigungskonzept würde dem Mann auf der Straße psychische wie physische Sicherheit vermitteln und ihm helfen,die Angst vor dem "bösen,aggressiven,expansionistischen Kommunisten" abzubauen.


DER SUMPF

Abbau von Feindbildern

Letzteres ist eine entschiedene Forderung J.Galtungs-und nicht nur J.Galtungs-,die gleichermaßen an Menschen in Ost wie in West geht:Abbau von Feindbildern,Erkennen und Bewußtmachen dieser so vertrackt unbewußten Projektion von eigenen aggressiven,zerstörerischen oder sonstwie negativen Tendenzen,Wünschen und Phantasien in andere Menachen und Völkergruppen,wenn

MEDI - KONGRESS



GRAUEN VOR DEM OSTEN
Lithographie 13. 2. 1961
Als Zeichnung entstanden: 1932, Abb. in Widerstand, 7. Jg. (1932), 12. Heft, S. 371

diese auch nur den geringsten Aufhänger dafür bieten. Und Aufhänger bieten die Staaten der Nato wie umgekehrt die des Warschauer Paktes genug zur Erfüllung der gegenseitigen Sündenbockfunktion. Solchermaßen entstandene Vorstellungen können, wiewohl sie keineswegs jeglicher Wahrheit entbehren, niemals die ganze Wahrheit sein. Sie sind in erheblichem Maße pauschalisierte, einseitige Verallgemeinerungen, bei denen "weitgehend Aspekte ausgeblendet werden, die im positiven Sinne dazu beitragen könnten, uns ein ganzheitlicheres

Bild der jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Weltanschauung oder eine historisch und kulturell entwicklungsträchtige(!) Perspektive zu vermitteln." "Außer Frage, daß es höchst schwierig ist, das über Jahrhunderte geprägte Gefühl des "Lieber tot als rot" bei sich selbst zu relativieren und relativieren zu helfen. Aber es ist bestimmt nicht "hilfreich", die schon bestehende Feindbildmythologie weiter aus-und aufzubauen. Zitat von Himmler aus der Endphase des 2. Weltkrieges, gesendet vom Bayrischen Rundfunk am 15.11.82. im Schulfunk Geschichte : "Im Osten kommen die Sowjets, der Mongolensturm des 2o.Jhd.. Sie sind gefährlich, sie sind furchtbar. Sie drohen, das ganze Abendland in ein Chaos zu verwandeln... ...es uns gelingen müßte, mit den Sowjets fertigzuwerden, denn die Sowjets sind zwar stark, sie haben viele Panzer, aber sie sind nicht überstark. Der Feind kann geschlagen werden." Materielle Abrüstung alleine genügt nicht - das wird hier überdeutlich. Ein echter Frieden setzt "psychische Abrüstung" voraus, ein Bewußtwerden unserer Abwehrfunktionen, die aus der Angst entstehen-wie zum Beispiel unsere Zuflucht in die Autoritätsgläubigkeit. "Psychische Abrüstung"-diese markante Forderung (geprägt v. Alfred Kastler, franz. Physik. u. Nobelpreisträg.) tauchte ebenso wie die Erläuterung des Feindbildes häufigst auf während des Kongresses; sie ist auch im schriftlichen Beitrag von H.E. Richter wiederzufinden, der es sich nehmen läßt, das berühmte Wort Einsteins ein erneutes Mal zu bemühen: "Wir brauchen eine wesentlich neue Art zu denken, wenn die Menschheit am Leben bleiben soll" Wunderschön, dieser Wunsch nach dem neuen Menschen; immerhin sieht Richter die Gefahr der Intellektualisierung (auch eine Form der Verdrängung von Angst) und klagt sich selbst an, als "forschender Betrachter über den Dingen zu schweben" und "nicht genug an die Basis zu gehen".

Defensivrüstung

Zurück - und vielleicht etwas konkreter jetzt - zum Konzept der "alternativen Verteidigung" Im Gegensatz zur völligen Abrüstung würde eine Defensivrüstung bedeuten, daß
- die Interessen der Rüstungsindustrie gewahrt blieben(2.größter industr.Sektor der Welt nach der Ölindustrie),wenn auch eingeschränkt:Offensivrüstung bringt zweifellos mehr Profit,Möglichkeiten des Exports sind mit den statisch eingerichteteh Verteidigungs anlagen(Landminen,Festungen,smart rockets) nicht gegeben.
- das Militär nicht ersatzlos abgesetzt wird, sondern sogar in seiner eigentlichen,nämlich dem der Verteidigung,bekräftigt wird
- und folglich Arbeitsplätze erhalten bleiben, Gehälter weiter ausgezahlt werden(!),sowohl in der Industrie wie im Militär(27 Mio in Uniform gegenüber ebenfalls 27 Mio Zivilisten, die den militärischen Apparat verwalten), an den Hochschulen(4oo ooo Wissenschaftler weltweit - ca.die Hälfte der in der Forschung tätigen Ingenieure und Physiker sind mit militärischen Fragen betraut)

Auch besteht nach Galtung die Möglichkeit, an die"Basis"zu gehen - Gespräche mit den Militärs,die ja auch gewerkschaftlich organisiert sind,um Veränderung bei Strategie und Denken der Bundeswehr auch von unten zu erzielen.

Die Hauptaufgabe der Kriegsverhütung und auch des Überlebens der Bevölkerung läßt hier übrigens dem Zivilschutz eine Bedeutung zufallen. Mitvoraussetzung ist auch eine neue basisdemokratische Sozialverfassung:
Die ständige Ausweitung der materiellen Produktion,"sinnvolle"Dispositionen und "Re-Investitionen"-Unterwerfung immer weitere Bereiche unter das rationale Kalkül,Transparenz immer größerer politischer,wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Gebilde und dementsprechend immer weiter ausgreifende

Zentralisierung - diese Ost und West gemeinsame "Tiefenideologie"(J.Galtung)hält zudem noch die "gesamte Skala der immateriellen Techniken" zur Erfüllung der"kulturellen Aufgabe",sprich,zur Vermittlung von Lebenssinn, theoretisch wie praktisch für überflüssig.


SELBSTMORD Lithographie: 1951

Soziale Verteidigung

Dieser unser herrschende Zivilisationsentwurf wird nicht überleben können.Und er ist um so gefährlicher,weil alle bisherigen Machtpyramiden geradezu lächerlich prekär war im Vergleich zur heutigen.Wege aus der Sackgasse:Energische Dezentralisation,Umorganisation zu(r) Territorialen Selbst(verteidigungs)kräften(Aufbau regionaler Kreisläufe von Energie,Nahrungsmittelproduktion und sonstiger Abhängigkeiten bis hin zu einer sozialen Mitbestimmung des Menschen in der Gesellschaft)- setzt natürlich neue Verhaltensweisen voraus... Das Gewaltmomopol des Staates wird auf den Bürger umverteilt. Teilgedanke dabei ist,"daß eine territoriale Besetzung ~~für~~ durch feindliche Truppen für diese wertlos ist,wenn sie keine Kontrolle über die sozialen Institutionen des Landes gewinnen kann" - "Soziale Verteidigung beruht auf freiwilliger Weiterarbeit in den Institutionen,gesellschaftlich organisierter und individueller Verweigerung von Kollaboration mit der Besetzungsmacht,zivilem Ungehorsam sowie gewaltfreiem,organisiertem Widerstand." (Dr.Trautmann,grüne Argumente,2) Der Weg zur Basisdemokratie müßte ebenso "erkämpft" werden.

"Exterminalismus" - das ist die Bereitschaft zur Vernichtung anderer und sich selber als eine Art Opferfunktion - solchermaßen charakterisiert Galtung einen Teil gefährlicher deutscher Mentalität(in den Anfängen schon in deutscher Gründlichkeit zu finden) Die Gefährlichkeit dieser Mentalität wird aufgehoben in der Schaffung einer atomfreien Zone und der Abschaffung von Offensivwaffen - - aufgehoben mit dem Konzept der alternativen Verteidigung.
(Diesen Monat soll ein Buch von J.Galtung zu dieser Thematik erscheinen.)


»Nur über den Bürger führt der We[illegible] Deutschlands Freiheit«
Zeichnung: [illegible]
Abb. in: *Widerstand.* 8. Jg. (1933), 2. Heft, S. 43

Sozialabbau durch Aufrüstung

Ferner der Vortrag von Prof.Dr.rer.pol.Jörg Huffschmied "Sozialabbau durch Aufrüstung", der sehr genaue Daten lieferte und die offizielle ärtzliche Standespolitik als einäugig,als "Mitspieler" bezeichnete.Ignoriert wird von ihr der Abbau sozialer Leistungen und Einrichtungen.Angeschuldigt werden die "überzogene Anspruchsmentalität und Erwartungshaltung"der Bürger sowie die"zu soziale Umverteilungsgesetzgebung der letzten Jahre" (K.Vilmar,Präs.d.Bundesärztekammer auf dem 85.Dt.Ärztetag'82:"Angereizt durch eine die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft weit übersteigende,angeblich soziale "Umverteilungsgesetzgebung" wird so in gigantischem Ausmaß Sparkapital verfrühstückt.")

Toleriert werden die steigenden Militärausgaben. Zahlen:1982 stiegen die Ausgaben für "Verteidigung" um mehr als 7Mrd.DM,für Sozialleistungen wurden sie um mehr als 1o Mrd.DM gekürzt.Der bisherige Höhepunkt dieses seit Mitte der 7oer Jahre betriebenen Sozialabbaus sind die im Haushaltsplan für 1983 eingebauten Sparmaßnahmen.Operation '83: Kürzungen im Sozialbereich um 1o% - Steigerung der Rüstungsausgaben um 5%. Der CDU-Wirtschaftsrat erklärte nach der Bundestagswahl am 6.3.83 "in der jetzt beginnenden Zeit der unbequemen Maßnahmen"...müßten soziale Leistungen zur Disposition stehen,die nicht mehr mit den Grundsätzen und Ordnungsprinzipien der sozialen Politik übereinstimmten".
- Lineare Senkung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- Eine größere Zahl von Vertrauensärtzten soll den tatsächlichen Krankheitszustand der Arbeitnehmer während der Entgeltfortzahlung kontrollieren
- Stärkere Beteiligung des Patienten an den Behandlungskosten
- Kürzungen im Schwerbehindertenbereich

u.a.s.Süddt.Zeitung,12/13.3.83
Warum ist der steigende Militärhaushalt mit der Kostenexplosion bei den immer schneller aufeinanderfolgenden neuen Waffengenerationen bei der "Spardisskussion" tabu ??
Die Unterstellung,unser Volk sei "bis ins Mark"durchsetzt von asozial Gesinnten,Schmarotzern und Arbeitsunwilligen (wiewohl es sehr wohl zuviele Schmarotzer gibt,meine Meinung) unterstützt die "Sanierungsstrategie"-den maroden Geist auszutreiben.
Angesichts der derzeitigen Verhältnisse mit der höchsten Arbeitslosigkeit seit den 5oer Jahren und dem niedrigsten Krankenstand seit 1967 erschiene dieses Rezept nicht gerade vielversprechend.(Huffschmied)

Recht auf Widerstand

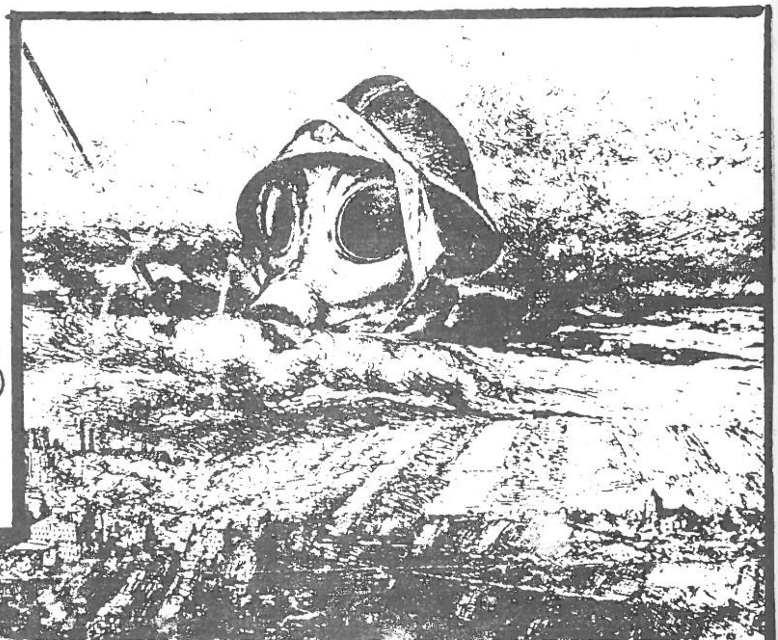
Der legale Widerstand ist noch nicht ausgeschöpft - Inhalt des Vortrages "Recht auf Widerstand gegen die Vorbereitung eines Atomkrieges" von Prof.Dr.jur.E.Küchenhoff - obwohl von Widerstand und Widwestandsrecht gegen politische Zustände und Planungen in unseren Tagen viel die Rede ist.
Art.26 I GG : "Handlungen,die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden,das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören,insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten,sind verfassungswidrig.Sie sind unter Strafe zu stellen."

Nach Küchenhoff ist der Gesetzgeber diesem Verfassungsauftrag nur teilweise nachgekommen. Nach§ 8o und 8oa StGB ist nur strafbar,"wer einen Angriffskrieg vorbereitet,an dem die BRD beteiligt sein soll",nicht aber, Wer Handlungen vornimmt,"die geeignet sind, ...das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören."(s.o.)
Das ideengeschichtliche und in Art. 2OIV GG gewährleistete Widerstandsrecht ist das Recht, gewaltsam durch Einsatz von Blut und Leben gegen verfassungswidrige Ausübung der Staatsgewalt vorzugehen.Küchenhoff ist überzeugt, daß "auch gegen die konkreten Atomkriegspläne mit einem Schlachtfeld in Mitteleuropa und gegen die Verbindung dieser Pläne mit der unkontrollierten Erstschlagswaffe Pershing II,deren hochentwickelte Technologie jede Irrtumskontrolle bei Mensch und Maschine ausschließt,sehr wohl ein Widerstandsrecht...begründet ist." Weiter stellt er aber die Frage",ob es notwendig ist,dieses todernste Mittel einzusetzen".Er ist der Meinung,daß "mit den klassischen Mitteln des zivilen Ungehorsams oder gewaltlosen Widerstandes,mit der protestierenden Information und drängenden Einwirkung auf die Öffentlichkeit,die sachentscheidungsbefugten Staatsorgane und auf die großen gesellschaftlichen Kräfte wie Kirchen und Gewerkschaften weit mehr zu erreichen ist als mit einem bewaffneten Kampf um Raketenstellungen" und weiter:" durch Gewalttätigkeit werden diejenigen,die es noch zu überzeugen gilt,eher abgestoßen als angezogen - der Terroristenkomplex ist eine der schwersten gesellschaftlichen Störungen in unserem Land." Mit seiner Absage an eine Ausübung des Widerstandsrecht bekundet er jedoch nicht seinen Verzicht auf dessen materielles Bestehen - sondern betrachtet es als wichtigen Argumentationspunkt gegen die Mittelstreckenraketenstationnierung. Deren Verfassungswidrigkeit begründet sich durch

- die bedrohliche Vernichtung des obersten Grundgesetzes,des Rechts auf Leben und körperliche Unversehrtheit,
- den schweren Verstoß gegen den Verfassungsgrundsatz der Friedensstaatlichkeit(Art.26I)
- die Tatsache,daß ein noch so demokratisch gewählte Mehrheit nicht das Mandat hat, die Vernichtung des eigenen Mandanten einzukalkulieren.

Planungpapiere aus dem Pentagon

Der Beleg für diese Thesen sind,abgesehen von den viel zitierten Aussprüchen des US-Berater R.Pipes"Ziel der Abschreckung sei die Vorbereitung auf einen gewinnbaren Atomkrieg" und Colin S. Gray,Verfasser der "Idea of Strategic Superiority"(Air Force Magazine,März '82),der Beweis also sind ganz offizielle Planungspapiere aus dem Pentagon :
1.Bericht des Verteidigungsministeriums an den Kongreß für das Haushaltsjahr 83 - darin wird eine tiefgreifende Veränderung der US-Strategie festgestellt;wenn es beispielsweise am Persischen Golf zu Auseinandersetzungen käme,dann müßten die USA den Krieg auch an andere Fronten verlegen können.
2.Der "defense guidance",die Verteidigungsleitlinien,die die N.Y.Times am 3o.5.82 veröffentlichte,und in denen die neue Strategie des führbaren und gewinnbaren weil begrenzbaren Atomkriegs beschrieben wurde.
3.Strategie Master Plan,veröffentlicht von der International Herald Tribune,25.8.82 mit weiter entwickeltem Inhalt und nach Vorlage an den nationalen Sicherheitsrat vom Präsidenten gebilligt.
Küchenhoff:"Solche Planungen sind schwerste Verstöße gegen oberste legal unabänderliche Grundsätze unseres Grundgesetzes - und es besteht gegen sie daher auch ein Widerstandsrecht." Ferner,der Vorwurf einseitiger Aus-



»IST ES SCHATTEN? IST'S WIRKLICHKEIT?«
Lithographie: 7. 11. 1965
Als Zeichnung entstanden: 1934; Abb. in: *Widerstand*. 9. Jg. (1934), 11. Heft, S. 400



DES DEUTSCHEN VOLKES WEG
Lithographie: 15.2.1960
Als Zeichnung entstanden: 1931; Abb. in: *Widerstand*. 6. Jg. (1931), 4. Heft. S. 101

legung des Grundgesetzes könne ihm nicht gemacht werden - über ein nicht-beachten der Verteidigungspflicht und Verteidigungsbereitschaft.- Solch ein Vorwurf sei verfassungsrechtlich und völkerrechtlich unhaltbar, weil -ich zitiere-"1.Der Atomtod eines ganzen Volkes weder ein Verteidigungsmittel noch ein Verteidigungsziel sein kann, 2.sogar das Kriegsvölkerrecht an keiner Stelle die Vernichtung eines ganzen Volkes, nicht einmal des gegnerischen, legitimiert, und 3.-s.o.- niemand das Recht hat, die Vernichtung seines eigenen Mandanten einzukalkulieren.

Grundlage und Ausgangspunkt einer verfassungsrechtlichen Legalisierung bietet das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit. Ich zitiere: "...anerkannt ist seine Zugehörigkeit zu den sogenannten aktiven Statusrechten, d.h. denjenigen Grundrechten, deren Inhalt"auf die Mitwirkung an der politischen Willensbildung, an der Ausübung der Staatsgewalt gerichtet sind" und denen somit "schon von der Staatsform- und Staatszielbestimmung der Demokratie(Art. 2o I u.II GG)höchster Verfassungsrang zukommt. (Art. 2o I : Die BRD soll ein demokratischer Staat sein, Art. 2o II2 : Die Bürger dürfen und sollen Gebrauch von ihren aktiven Statusrechten machen.- sie sind gem. Art.79 III GG durch ein absolutes Änderungsgebot geschützt.)

Höchster Verfassungsrang für das Recht auf Demonstrationsfreiheit und mit ihm auf Meinungsfreiheit also deshalb, "weil es für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung ...schlechthin konstituierend ist,...die ständige geistige Auseinandersetzung, den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist, ermöglicht." Nach Küchenhoff wird es in der Rangordnung aller Grundgesetze nur noch vom Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit übertroffen als dem Gesetz, "ohne dessen Bestand kein anderes Grundrecht bestehen kann." Und weiter:"Der Grundrechtsrang ist von ganz besonderer Bedeutung, wenn diese beiden Rechte(auf Demonstrationsfreiheit und auf Leben/körperliche Unversehrtheit) in der konkreten Ausübung miteinander verknüpft sind - wenn nämlich das Demonstrationsziel die Abwendung von Gefahren für das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist." Demzufolge ist "jedes Demonstrationsmittel zur Aufklärung und Abwehr gegen diese Gefahrenlage nach den Kriterien des Verhältnissmäßigkeitsgrundsatzes legal."

Ziviler Ungehorsam

Ziviler Ungehorsam, von seiner "bewußten Illegalität"bis hin zu seiner "materiellen Legalität", kann erforderlich werden, wenn-zitat -"wenn der breiten, mehrheitsbildenen(!) Öffentlichkeit die gefahrenvollen Tatsachen nicht hinreichend bekannt gemacht oder ihr gezielt durch Desinformation oder sogar Tabuierung/Diffamierung die politischen Fragestellungen und Sachkomplexe vorenthalten werden

-wenn diese Tatsachen zwar schon einer Mehrheit bekannt sind, dies jedoch für die politische Führung ohne Wirkung bleibt.

-wenn die politische Führung verschleiert,
- daß es um die Abwehr von Gefahren für die o.g.Verfassungsgrundrechte geht,
- daß die Verpflichtung auf die Friedensstaatlichkeit und die Lebensgarantie höherwertig sind als Freiheitsbeschränkungen, welchen Ausmaßes auch immer,
- daß konkrete Leistungsanforderungen nur der Verschleirung jener Gefahren dienen, wie z.B. die Vermittlung der Vorstellung vom Überlebenkönnen eines Atomkrieges durch Ausbildung und Fortbildung in der Katastrophenmedizin."

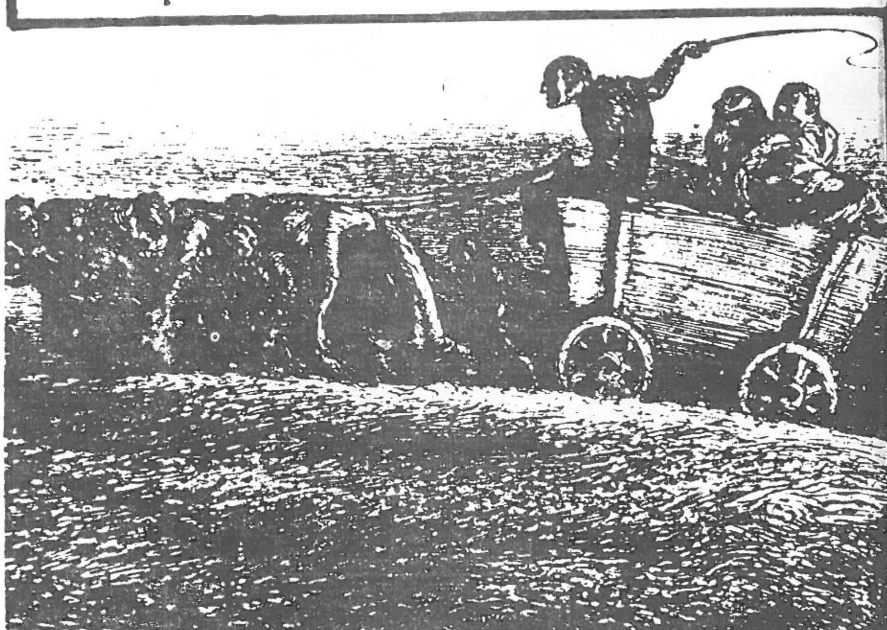
Abschließend erlaubte sich Kichenhoff einen Ergänzungsvorschlag zum Kongreßmotto: "Wir werden Euch nicht helfen können und wir dürfen dies auch nicht verschweigen, sondern wir müssen allen, die das Gegenteil behaupten, immer wieder öffentlich der Lüge und des Verbrechens wider das Leben und die Menschlichkeit zeihen."

und noch eine Resolution ver fassten, in der sie "die ersatzlose Streichung des Kurses Katastrophenmedizin aus den Novellierungsvorschlägen zur ärztl. Approbationsordnung und die Einführung von Ringvorlesungen zum Thema Friedenssicherung fordern. "Wir wenden uns mit Nachdruck gegen jede Art der psychologischen Kriegsvorbereitung" u.a. Die Resolution und der offene Brief wurden einstimmig vom Kongreß angenommen. Übrigens findet jetzt im SS eine Friedens-Ringvorlesung an der Hamburger Uni statt - Programm hängt im Asta aus.



„Habe doch Einsicht, mein Herzchen; wir müssen notopfern, damit Herr Morgan nicht notleidet und die Franzosen zu ihrer Sicherheit Festungen bauen können."

DER NOTOPFERER
Zeichnung: 1930
Abb. in: *Widerstand*, 5. Jg. (1930), 7. Heft, S. 195


»WO SKLAVEN FRONEN, MUSS DIE PEITSCHE KNALLEN«
Lithographie: um 1963
Als Zeichnung entstanden: 1930; Abb. in: *Widerstand*, 5. Jg. (1930), 8. Heft, S. 231

Arbeitsgruppen

Die Themenkreise der Arbeitsgruppen spiegeln nocheinmal die Zentralthemen des Kongreßes wieder :

I KRIEG ' GESUNDHEIT ' FRIEDENSSICHERUNG
-in denen u.a. die verschiedenen Konzepte der alternativen Verteidigung erklärt wurden (Ich schilderte eines, es gibt fünf)

II MILITÄRISCHER UND FRIEDLICHER EINSATZ DER KERNSPALTUNG

-wobei deutlich wurde, daß man den "militärischen Zwilling" und den "zivilen Zwilling" nicht voneinander trennen kann

III NOTSTANDSGESETZE IM GESUNDHEITSWESEN ' KATASTROPHENMEDIZIN
- Hierin taten sich unsere Hamburger Kommilitonen hervor; sie initiierten ein stud. Katastrophenmedizin-AG, in der sie einen offenen Brief an das Bundesministerium f. Jugend, Familie und Gesundheit schrieben

IV SOZIALABBAU UND RÜSTUNGSKONVERSION

V PSYCHOSOZIALE FAKTOREN
- Ich erwähnte die Feindbildmythologie, die psychische Auf-bzw. erforderl. Abrüstung, die Forderung nach einem neuen Denken - in diesem Arbeitskreis wurden diese Teilthemen vertieft und weitere hinzugefügt. "Erziehung mit Gewalt - Erziehung zur Gewalt (H. Petri) - "Erziehung mit Gewalt ist Ausdruck einer Gesamtsituation mit deutlicher Rückwirkung auf die gesellschaftliche Praxis und die Tolerierung zerstörerrischer Tendenzen."



Ärztekammerbeitragsboykott

Und - dies als letzter Beitrag - die Berliner Initiative rief ein weiteres Mal zum Ärztekammerbeitragsboykott auf -bisherige Resonanz : 300 Verweigerer, davon 80% in Berlin. Zur Entstehung dieses Boykotts:

Entgegen richtungsweisender Beschlüsse deutscher und internationaler Ärztetage (Dt.Ärztetage 1958 und 1982, Weltärztebund 1981) hat die BÄK bisher keinen aktiven Beitrag zur Aufklärung der Bevölkerung i. S. einer Kriegsprävention geleistet. Im Gegenteil. Als Konsequenz dieser Haltung kamen die ca. 3ooo Teilmehmer des Berliner Kongresses überein, "vom kommenden Jahr 1983 an, den Anteil des Ärztekammerbeitrages zu boykottieren, der von den Landesärztekammern an die BÄK abgeführt wird. (und auf ein Sonderkonto zu überweisen) Der Berliner Initiative*sind viele in Friedensinitiativen organisierten Ärzte nicht bereit zu boykottieren, da sie die BÄK nicht "vor den Kopf stoßen" wollen. Sie hoffen "auf eine baldige Läuterung der Kammer", Dies sieht leider nicht so aus, die Bundesärztekammer folgte wieder einmal nicht ihrer Einladung zu diesem Kongreß. *zufolge

Da mein Bericht über den 3. Medizinischen Kongreß ohnehin schon reich ~~an~~ mit Zitaten bestückt ist, will ich nun einen ebenso prompten wie markanten zitierten Schlußspruch setzen:

"Ob und wie es uns gelingt, diese geschichtlich einmalige Herausforderung zu bestehen, wird gleichzeitig der Test für die Frage sein die als Grundfrage angeschnitten wurde : die Frage nämlich, ob die Ausstattung des homo sapiens ausreicht, die Folgen seiner eigenen evolutionären Vorteile zu entrinnen. In dieser Frage pessimistisch zu sein, ist erlaubt - aber nicht zweckmäßig. Vor allem dann nicht, wenn man der Zukunft in der Form von Kindern und Enkeln bereits Geiseln gestellt hat"
Carl Amery, Historiker und Publizist



MUTTER UND KIND Lithographie: 2. 2. 1963
Als Zeichnung entstanden: 1934; Abb. in: Fischer, Taf. 61

A. Paul Weber
1893 - 198o

Mit vehementer Zeichenfeder begleitete der Künstler in den Jahren deutscher Schicksalswende - 1929 bis 1936 - die politische Szenerie. Beherrschendes Motiv war der Tod - der Tod als "erkanntes Ende".



»ICH BIN STRENG LEGAL UND BEKÄMPFE DEN BOLSCHEWISMUS IN JEDER FORM«
Zeichnung: 1931
Abb. in: *Widerstand*. 6. Jg. (1931), 8. Heft. S. 251

Frankfurter Rundschau

Wir trauern um den Entwicklungshelfer

Albrecht Pflaum

Er wurde zusammen mit mehreren nicaraguanischen Staatsbürgern am 30. April 1983 von einer der Terrorbanden ermordet, die seit Monaten mit Absicht auch unbewaffnete Zivilisten foltern, ermorden und verstümmeln. Sie wollen damit Angst erzeugen und das Land reif machen für eine Rückkehr zum Ausbeutungssystem der Somoza-Cliquen.

In unsere Trauer mischen sich Bestürzung und Wut über die Tatsache, daß ohne die Unterstützung der USA diese Terrorakte kaum möglich wären. Wir fragen uns, ob Albrecht Pflaum mit Hilfe unseres „Verbündeten" ermordet wurde.

Viele Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer haben sich wie Albrecht Pflaum entschieden, Nicaragua in der schwierigen Aufgabe zu unterstützen, eine gerechtere Gesellschaft aufzubauen. Dieser Versuch wird chancenlos, wenn die Reagan-Administration weiterhin die Destabilisierung der neuen Regierung betreibt.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, deutlich zu machen, daß sie:

- die Hinterhofpolitik der USA in Mittelamerika nicht unterstützt
- als wichtigster europäischer Verbündeter ihren Einfluß auf die Reagan-Administration geltend macht, damit diese ihre Aktionen zu offener oder verdeckter Einmischung aufgibt
- in ihrer Entwicklungs- und Außenpolitik alle ihr möglichen Anstrengungen unternimmt, um sicherzustellen, daß die Bemühungen des nicaraguanischen Volkes um eine eigenständige und friedliche Entwicklung Früchte tragen können und daß nicht Furcht vor Terror die Hilfsbereitschaft und Mitarbeit von Entwicklungshelfern/innen und vielen anderen solidarischen Ausländern hemmt.

Peter Herzig, Christian Kampen, Dirk Guenther, Carola Rotenhan, Hans-Jürgen Hansen, Wolfgang Heuer, Wolfram Brünger, Manfred Schumacher, Horst Schünemann, Helga Heldrich, Johannes Spatz, Klaus-Dieter Seidel, Ingrid Felbert, Jürgen Gihr, Volker Müller, Klara Damen.

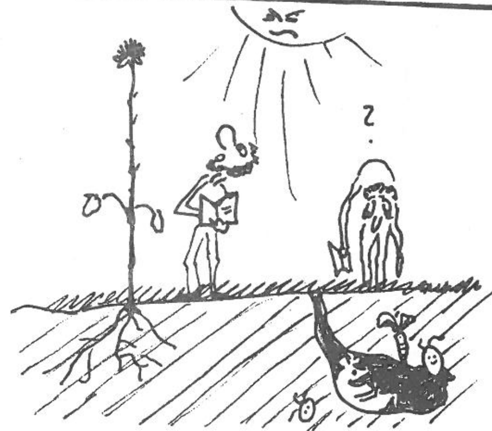
Diese Namen stehen für weitere 149 Entwicklungshelfer/innen in der Vorbereitung und Mitarbeiter/innen des Deutschen Entwicklungsdienstes, die diese Anzeige unterzeichnet haben.

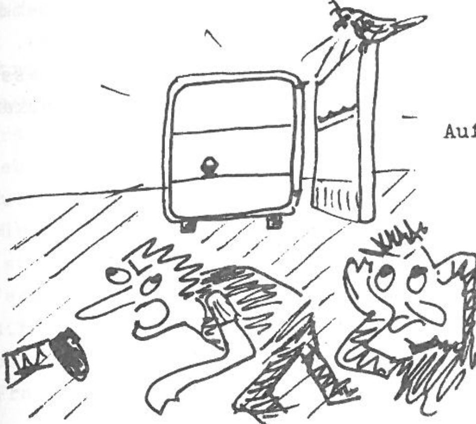
Berlin, den 4. Mai 1983

V. i. S. d. P.:
Bernd Kalz

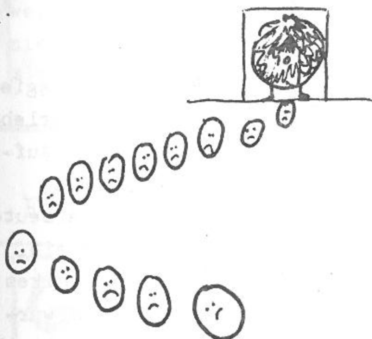
DER K(r)AMPF DER WISSENDEN

Es war einmal eine WG, mit lila Gemeinschaftszimmer, färbender Wäsche und vielen furchtbar fruchtbaren Diskussionen. Es ging sehr dynamisch zu, gruppen- und biologisch-. Doch einmal geschah etwas Entsetzliches - bedrückendes Schweigen, nur der Kühlschrank brummt und der Wellensittich kreischt: Es ist kein Essen mehr da!! Der Sauerteig ist noch nicht sauer, die neuen Saatkartoffeln nicht wiederzufinden, Seite 45 in "Was blüht denn da ?" fehlte leider. Alle haben Hunger - und Angst.





Auf Q,R und S, das neuste Wohnmitglied, fällt die Wahl: EINKAUFEN ! T schreit hinterher: "Bleibt stark ! In Schokolade ist Cadmium !" Sie ziehen los. Zum Markt? Unmöglich! UN - glückliche Hühnereier, giftgrüne Salatköpfe... "Vielleicht Apfelsinen? Die kann man doch schälen?" fragt S. "Verräter!" kommt es zurück "Apfelsinen aus Südafrika?!" - "Schon gut, aber die Pampelmusen da..." "..sind aus Israel!!" donnern Q und R. S verstummt. An der Ecke stehr X, genüßlich Pommes kauend. Ihre Mägen krampfen sich zusammen, sie schleichen weiter. Zu Aldi. Keiner blickt den anderen an. "Cornflakes?" "Mensch, 'Septemberweizen'!" "Ein viertel Literchen Sahne für Müsli?" "Von NESTLÉeeeeee?! Nein danke! Und stell das Maggi zurück! Und die Ravioli! Die Kassiererinnen werden geknechtet, die Konzerne..." S stiehlt heimlich Schokolade. Man beschließt, sich zu trennen: "Ich hab' noch was zu erledigen.." 10 Minuten später treffen sich alle wieder - im 'Burger-King'. Mehr aus Versehen.





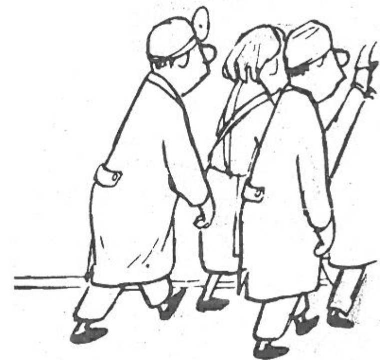
Zur Neuregelung des Heb/Lammengesetzes

Das bisher gültige Hebammengesetz von 1938 soll geändert werden. In einigen Punkten ist es sicher novellierungsbedürftig, aber in dem neuen Gesetzentwurf, der schon 1976 verfaßt wurde und nun erneut auf dem Tisch liegt, fallen die Paragrafen 1 und 3 weg. Danach hat bisher jede Frau ein Recht auf Hebammenhilfe und jede Schwangere und jeder Arzt sind verpflichtet, zur Geburt eines Kindes eine Hebamme hinzuzuziehen. Es wurde garantiert, daß jede Frau bei ihrer Geburt von einer Hebamme betreut wurde. Wird die "Hinzuziehungspflicht nun abgeschafft, können Ärzte - und damit hauptsächlich Männer - in Zukunft alleine mit Hilfe von angelernten Hilfspersonal Geburten durchführen. Dies würde einen weiteren Schritt in Richtung medizinisch - technische Geburtshilfe bedeuten.

Zur Geschichte des Hebammenberufs

Erste Nachweise von Hebammen finden sich in Ägyptenaus dem Jahre 3000 v.C. Hier (bzw dort) war die Hebamme gleichzeitig Gynäkologin und Schönheitspflegerin und wurde als göttliches Wesen verehrt. Eine männliche Person durfte bei der Geburt nicht dabei sein. Viele geburtshelfende Maßnahmen, die man heute erst neu entdecken mußte, sind damals von den Hebammen angewandt worden, Massagen zur Entspannung, schmerzstillende und wehenfördernde Mittel, sogar Kaiserschnitte konnten sie machen. Die Hebamme galt als weise Frau und genoß hohes soziales Ansehen. Auch wenn sich langsam die Ärzte in die Geburtshilfe einzumischen begannen, blieb die Hebammentätigkeit weiterhin praktisch der Frau vorbehalten.

In Europa entwickelte sich der Beruf der Hebamme im frühen Mittelalter. Die Hebammen waren oft die einzigen Heilkundigen für das Volk und deswegen auch sehr anerkannt. Diese Situation änderte sich entscheidend gegen Ende des 15. Jahrhunderts. Gerade die Kenntnisse der Frauen in Verhütung, Schwangerschaftsabbruch und Geburt waren den Kirchenmännern ein Dorn im Auge. Immer stärker wurden die Hebammen durch Kirche, Stadtrat und Buchmedizin reglementiert. Ihre Kenntnisse wurden als heidnisch beschimpft. Im "Hexenhauer" heißt es :"Niemand schadet der katholischen Kirche mehr als die Hebammen". Dementsprechend wurden tausende von Hebammen und heilkundige Frauen als Hexen verfolgt und ermordet. Damit waren nicht nur die Ärzte einer unliebsamen Konkurrenz enthoben, bzw. war ihr Weg in die Frauenheilkunde geebnet, sondern das Wissen über Verhütung und Schwangerschaftsabbruch ging verloren. Der überlebende Berufsstand der Hebammen geriet mit der Entwicklung medizinischer Technik (Einführung der Zange, deren Benutzung war der Hebamme verboten, weil sie als chirurgisches Instrument angesehen wurde) im 19 Jahrh. erneut in Gefahr. Die Hebammen durften nur noch normale Geburten machen, Komplikationen mußten sie den Ärzten überlassen. Geburtshilfe wurde als Wissenschaft anerkannt und an Universitäten gelert.



Mit den Nationalsozialisten und dem Propagieren der faschistischen Mutterideologie erlebte der Beruf der Hebamme einen erneuten Aufschwung. Die Hebammentätigkeit wurde als selbstständiger Beruf anerkannt. Eine erneute Wandlung trat nach dem 2-ten Weltkrieg ein. Durch den Wieder- und Neuaufbau von KLiniken und einer großen Anzahl von Gynäkologen wurde die Hausgeburt immer mehr durch die Klinikgeburt ersetzt. Die Zurückdrängung der freiberuflichenHebamme ubd der Hausgeburt trieb die Technisierung des Geburtsablaufs bis hin zur programmierten Geburt voran, die zu einem dem dem Arzt passenden Zeitpunkt eingeleitet oder beschleunigt wird.

Die Frau gebärt nicht, sie wird entbunden. Viele Frauen haben erkannt, daß ihnen nur eine passive Rolle zugeschrieben wird, und haben sich gewehrt. Die sanfte oder natürliche Geburt ist wieder entdeckt worden. Da die Krankenhäuser

ihre Patienten nichr verlieren wollen, müssen sie sich dem Trend anpassen und nehmen wieder etwas etwas Abstand von der rein technischen Geburtshilfe. Dennoch hat sich mit der neuen Tendenz die Situation der Hebammen nicht verbessert, sondern wird sich durch das neue Gesetz noch weiter verschlechtern. Es gibt viel zu wenig Hebammen, die eine Hausgeburt durchführen (in Hamburg nur ZWEI !) oder die Nachsorge bei Ambulanter Geburt übernehmen, sodaß die Frauen gezwungen sind, doch in die Klinik zu gehen.

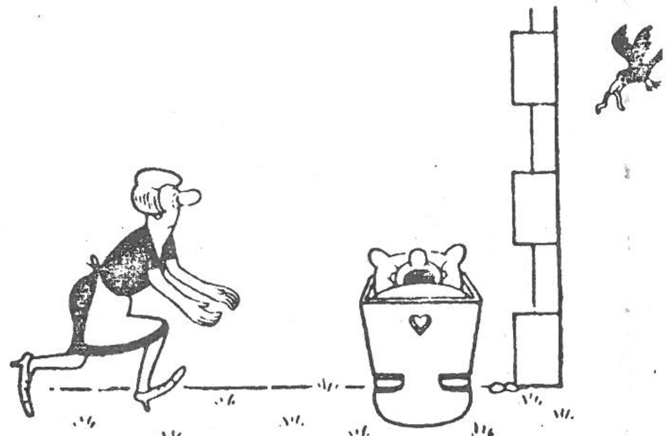
1980 gab es 5500 Hebammen in der BRD (in England bei entsprechender Geburtenzahl 21000). Die Ausbildungsplätze werden sehr gering gehalten. Der Tätigkeitsbereich der Hebammen wird immer weiter eingeschränkt. In anderen europ. Ländern werden kompliziertere Geburten von Hebammen selbst durchgeführt.

Vielleicht werden durch die Streichung der "Hinzuziehungspflicht" Kosten gespart (was im Gesundheitsbereich sowieso fragwürdig ist), aber die ohnehin schlechte Geburtshilfe und unzureichende Betreung von Mutter und Kind nach der Entbindung in der BRD würde sich weiter verschlechtern. Bereits jetzt ist die Säuglingssterblichkeit in der BRD im Vergleich zu europ. Ländern, in denen die Position der Hebammen erheblich stärker ist, bedeutend höher (BRD 12,7% ; Niederlande 8,6%; Frankreich 10%).

Um ihre Situation zu verbessern, verantstalteten die Hebammenschülerinnen im Februar bundesweit eine Aktionswoche. Ihre Forderungen sind nicht nur die weitere Zusicherung der Hinzuziehungspflicht und der bisher ausgeübten Tätigkeiten, sondern sie wollen in folgenden Bereichen Aktiv werden : Schwangerschaftsvorsorge, Geburtsvorbereitung, psychologische Beratung während der Schwangerschaft, Nachsorge, Stillberatung, Mitarbeit in Sozialstationen.

Es dürfte nicht nur im Interesse werdender Mütter, Hebammen oder Ärzte (!) sein, diese Forderungen durchzusetzen, sondern es gilt auch in diesem Bereich der Bevormundung und Computerisierung des Menschen entschieden zu begegnen.

Aus TAZ (7.2.83), Große Freiheit (nr.57) und Infos einer Hebammenschülerin



Frauen planen einen

Gyn. Selbstuntersuchungskurs

in der Poliklinik Gynäkologie mit einem Doc.
Beginn in etwa 2 Wochen.

Welche Frau hat noch Interesse?

Frau melde sich im ASTA.



Gefunden im dtv - Lexikon, Band 18:

Studium generale:
Generalstudien, im MA die Universität als eine für alle Nationen bestimmte Hochschule im Gegensatz zum Studium particulare als einer Hochschule von nur regionaler Bedeutung.

- Zitatende -

Nun wird uns auch klar, warum wir das hier auch eingeführt haben. Danke, Herr Klinke und Förderer.

ANZEIGE

FAHRRADLADEN



HUBERT KORTE & PIT SCHUG Braunstr. 38 2400 Lübeck

Wir finden, daß das Fahrradfahren eine echte Alternative zum Auto ist, sowohl im Stadtverkehr als auch bei langen Touren. Wir finden aber auch, das Fahrradfahren nur dann richtig Spaß macht, wenn man für sich das optimale Rad gefunden hat, das auf die persönlichen Bedürfnisse abgestimmt ist. Dem wollen wir in unserem Laden durch eine breite Palette guter und preisgünstiger Räder und vor allem durch individuelle Ausstattung und Umrüstung Rechnung tragen. Hier einige Beispiele:

GIANT-Rennsportrad - handgearbeiteter hi-tensile-Steel Rahmen, 10-Gg Shimano Altus Schaltung Kasettennabe, Alu-Tretlager 529,-

GIANT-Mixte-Rennsportrad - Ausstattung wie oben 429,-

WINORA-Touren-und Rennsporträder mit ausgezeichnetem Preis-Leistungs Verhältnis ab 498,-

Außerdem führen wir Fahrräder der Marken :
BRIDGESTONE - CENTURION - RALEIGH - BIANCHI - RIZZATO-ATALA
BATAVUS - SPARTA sowie andere deutsche Markenräder

Für ganz kompromißlose bieten wir die Möglichkeit, sich ein Rad ganz nach eigenen Wünschen zusammenzustellen.

Rennsportrahmen - sehr gute Qualität	ab 200,-
VR-Trommelbremse F+S Orbit	57,80
HR-Trommelbremse F+S Orbit mit 12 Gg	128,30
Sturmey-Archer 5 Gg-Nabenschaltung	128,90
Aero-Coronado Alu-Tretlager	106,80
Brooks-Champion Leder-Rennsattel (eine Klasse für sich)	64,60
Laufrad mit Weinmann Alu-Felgen und Schnellspannabe	69,80

DER WEG IN DIE BRAUNSTR. 38 LÄSST AUCH EUER FAHRRADFAHRERHERZ HÖHER SCHLAGEN !!!!!!!!

Wie versprochen, setzt der SpriPu die Diskussion über den Faschismus fort.
Diesmal veröffentlichen wir eine Rede, die anläßlich der antifaschistischen Demonstration gegen die Tagung der AEV geschrieben wurde. Viele Studenten der MHL nahmen damals teil an der Demo.

Die Rede stammt nicht von einem Redaktionsmitglied, sondern aus der antifaschistischen Initiative in der "Alternative".
Der Verfasser, bzw. die Verfasserin möchte aus Gründen des persönlichen Schutzes nicht namentlich genannt werden.

Faschismus

Liebe Antifaschisten und Genossen !

Wir haben diese antifaschistische Demonstration organisiert, um gegen den "Arbeitskreis Europa der Vaterländer" (A.E.V.) zu protestieren.

In meiner Rede möchte ich schwerpunktmäßig auf die staatliche Unterstützung und Funktionalisierung von Neo-Nazi-Gruppen eingehen.

Wir beobachten heute ein immer frecheres Auftreten von Nazi-Parteien und Gruppen, die mit ständig wachsender Brutalität ihre rassistische Politik propagieren, beispielsweise die "Auschwitzlüge", das Stören von linken Veranstaltungen, Hakenkreuzschmierereien auf jüdischen Grabsteinen und in Gewerkschaftshäusern die Zerstörungen von Informationsständen von Bürgerinitiativen usw.
Seit dem grausamen Anschlag auf das Oktoberfest in München oder dem Anschlag auf das Ausländerwohnheim in Hamburg, wo ein Vietnamese bei dem Brandanschlag ermordet wurde, wird die Gefährlichkeit solcher Parteien und Gruppen immer deutlicher.
Diesen Umtrieben müssen wir rechtzeitig und entschieden entgegentreten.



NEO - NAZIS



Wie mittlerweile aus etlichen Beispielen bekannt ist, sind staatliche Stellen, insbesondere der Verfassungsschutz an Aufbau, Arbeit und Unterstützung solcher Gruppen beteiligt. Erinnert sei hier nochmalan den Fall des Verfassungsschutzagenten Lepzien, der die Neonazitruppe um Paul Otte (bekannt durch den Braunschweiger Prozeß im Sept. 1980) mit aufbaute, Waffen besorgte und selber an Anschlägen auf die Amtsgerichte in Flensburg und Hannover beteiligt war.

Ich möchte auch noch kurz an die relativ geringen Strafmaße der verurteilten Neonazis Hoffmann und Kühnen erinnern.

In diesem Zusammenhang ist zu ergänzen, daß sich der Führer der Aktionsfront Nationaler Sozialisten Michael Kühnen wieder auf freiem Fuß befindet, und ungehindert den Zusammenschluß faschistischer Terrorbanden organisiert.

Liebe Antifaschisten und Genossen !

Immer deutlicher wird, daß staatliche Stellen massiv faschistische Gruppen unterstützen und benutzen.

Die Bombenanschläge auf Bahnhöfe in Bremen und Hanburg und der Anschlag auf den U-Bahnhof in Köln beim letzten Hungerstreik der politischen Gefangenen oder der Anschlag auf eine Telefonzelle vor dem Frankfurter Hauptbahnhof nach der Räumung des Hüttendorfes an der Startbahn-West sind vom Staatsschutz inszenierte Terror - Ak-

Es stellt sich für uns die Frage, wird ein 4. Reich vorbereitet?
Nein!! Die Faschisten sind heute Werkzeuge der Imperialisten, verblendete, gekaufte, oft primitive Subjekte, die in sogenannten Friedenszeiten die Dreckarbeit machen, mit denen sich Staatsorgane in dieser Offenheit noch nicht abgeben können oder wollen.
Parallelen lassen sich auch in anderen Ländern feststellen, wie z.B. in El Salvador die Todesschwadronen oder in den USA der Ku-Klux-Klan oder in der Türkei die Grauen Wölfe.

Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise, die durch Kürzungen im Sozialbereich und durch Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, haben die Kapitalisten ein finanzielles Interesse daran, die Arbeitsemigranten überall dort loszuwerden, wo sie nun Sozialleistungen in Anspruch nehmen, für die sie zuvor Beiträge gezahlt haben. Dazu kommt, daß der Sündenbock "Ausländer" von der Verantwortung der Kapitalisten für die Krise ablenkt.

Die seit Jahren betriebene Propaganda der Faschisten ist deshalb von der Bundesregierung nie ernstlich behindert worden.
Jetzt ernten die Kapitalisten die Früchte, indem sie einerseits ihre brutale profitorientierte und menschenfeindliche "Ausländerpolitik" als von der Bevölkerung erwünscht darstellen, und zum anderen sich noch als politisch gemäßigt gegenüber den Forderungen der Faschisten profilieren können. Die momentan verfolgte staatliche "Ausländerpolitik" unterscheidet sich kaum von der der NPD - Politik, und ist deshalb sogar geeignet, große Teile der Bevölkerung in die Arme der Faschisten zu treiben.

Dieser vom Staat entwickelte Faschisierungsprozeß hat das Ergebnis, daß Teile der Bevölkerung für den Faschismus motiviert werden. Diese gesellschaftliche Entwicklung würde dahin tendieren, daß das öffentliche Bewußtsein von den aktiven Kriegsvorbereitungen und geplanten Interventionen in der 3. Welt abgelenkt wird.
Die linken und fortschrittlichen Kräfte sollen sich stattdessen mit den Aktionen und Überfällen der Neonazi-Gruppen beschäftigen müssen. Der Staat tritt dann gegen den Widerstand als neutrale Instanz der Rechtsstaatlichkeit gegen jegliche links- oder rechtsgerichtete Gewaltkriminalität auf und legitimiert dadurch den Ausbau und die Aufrüstung des staatlichen Gewaltapparates, um in der Eskalation der wirtschaftlichen und politischen Krise hier in der BRD den aktiven Widerstand gegen den Krieg zu zerschlagen.

Liebe Antifaschisten und Genossen:

- Wir müssen uns über das Zusammenspiel staatlicher Stellen mit Neonazi-Gruppen bewußt werden, die dahintersteckenden Strategien offenlegen und die Bevölkerung darüber informieren.
- Wir müssen faschistische Aktivitäten genau beobachten und Veranstaltungen von uns aus verhindern.
- Wir müssen unseren Kampf gegen den Faschismus - in welcher Form auch immer er auftritt - als Bestandteil des Kampfes gegen imperialistischen Krieg begreifen. Nur so ist es gewährleistet, daß wir aus unserer Vergangenheit gelernt haben und unserem Ziel - Abschaffung von kapitalistischer Ausbeutung hier und in der III-Welt für eine lebenswertere Zukunft näher kommen.

ES LEBE DER WELTWEITE ANTIFASCHISTISCHE KAMPF ! □

DIE ALTERNATIVE BLEIBT!

Am 21.12.82 wurde in Lübeck ein neuer Verein gegründet: Tagesstätte alternative e.V. Zweck des Vereins ist Erhaltung und Förderung des Hauses Lübeck- Hüxstr.69 und der darin bestehenden Einrichtungen als autonome , selbstverwaltete Kultur- und Begegnungsstätte für Lübeck, die Betreuung von Jugendstätte für Lübeck, die Betreuung von Jugendlichen sowie zur Freizeitgestaltung und kulturellen Fortbildung.
Die Gründung dieses Verein wurde notwendig, weil die Hansestadt Lübeck bzw. deren Wohnungsbaugesellschaft "Trave" eine Verlängerung des mit dem Verein Frauen helfen Frauen e.V. abgeschlossenen Mietvertrages für das Haus Hüxstr.69 ablehnte.
Schon in den vergangenen Jahren traten bei Verhandlungen mit der "Trave" um Verlängerung des Mietvertrages Schwierigkeiten auf.
Im Unterschied zu damals hat die "Trave" nun jedoch die "Gemeinützige" als Käufer für das Haus gefunden.
Für die "Trave" scheinen nicht finanzielle Beweggründe zum Verkauf ausschlaggebend, sondern eher die sich nun bietende Möglichkeit, das einzige nicht von der Stadt verwaltete Jugend- und Kommunikationszentrum Lübeck's ve rschwinden zu lassen. Seit jeher versucht die "Trave" durch Nichtgenehmigung von Veranstaltungen und zum Teil sinnlose Auflagen die Selbstverwaltung des Hauses zu behindern.



DIE "ALTERNATIVE" EINE ANDERE MÖGLICHKEIT...

Als der Verein Frauen helfen Frauen e.V. vor fünf Jahren das Haus in der Hüxstraße anmietete, bot sich erstmals für Lübecker Gruppen und Initiativen die Möglichkeit, eine Form demokratischer Zusammenarbeit zu praktizieren, die frei von Einschränkung durch Verwaltung und Bürokratie der Stadt war.
Bis heute nutzen mehr als 30 Gruppen und Initiativen die Räume der "alternative": zwei Buchläden, die Teestube, vier Frauengruppen, eine Werkstatt, zwei Kunstgruppen, und Theatergruppen waren oder sind ebenso vertreten wie die 3.Welt- Gruppe, Anti-AKW Initiative und Türkische Gruppen.



SELBSTVERWALTUNG
EIN DEMOKRATISCHES PRINZIP

Auflösung der "alternative" würde die Weiterarbeit aller Gruppen blockieren.
Die wichtigsten Argumente für die Erhaltung der "alternative" sind jedoch die im Haus gewachsenen Strukturen der demokratischen Zusammenarbeit und Selbstverwaltung: Weder Behörden, Ämter oder Heimleiter entscheiden in der "alternative", welche Arbeit gemacht wird, wer welche Räume bekommt u.ä. Alle Entscheidungen über Instandhaltung, Organisation von Festen, politische Aktionen werden von allen Betroffenen zusammen auf den regelmäßig stattfindenden Hauptplenen gefällt.
Grundlage für alle Entscheidungen sind vorausgehende Diskussionen und Auseinandersetzungen, keine formalbürokratischen Dinge wie in städtisch geleiteten Jugendzentren.
Ohne jegliche staatliche Bezuschussung oder sonstige Geldzuschüsse, ohne ausgebildete Erzieher oder Sozialarbeiter und ohne den Zwang zu konsumieren hat die "alternative" Jugendlichen unter anderem die Möglichkeit gegeben, Filmveranstaltungen, Straßenmusik- Festivals, Friedensinitiativen und Aktionen gegen den Krieg im Libanon zu planen, zu organisieren und durchzuführen, oft mit Teilnehmerzahlen, von denen staatliche oder kommerzielle Einrichtungen nur träumen.



—DIE "ALTERNATIVE" MUSS BLEIBEN—
DER STAND DER DINGE

Wohl im Rahmen der Kampagne gegen die "alternative" haben sich vor ca. drei Wochen die Anwohner der Hüxstraße - vor allem Geschäftsleute wie "Möbel- Rist" u.ä. - unter Einschaltung zweier Rechtsanwälte bei der Lübecker Bürgerschaft über die "alternative" beschwert. So soll, falls die "Trave" nicht bald etwas unternähme, die Schließung der "alternative" durch juristische Mittel (einstweilige Verfügung) veranlaßt werden. Beflügelt vom Wunsche, die Hüxstraße in ein einnahmeträchtiges Einkaufsgässchen der gehobenen Preisklasse zu verzaubern, lauten denn auch die Hauptbeschwerdepunkte der Anwohner:
Verschmutzung der Hüxstraße, Lärm, Belästigung von Pas santen (Schnorren), gewalttätige Auseinandersetzungen sowie der Zustand des Hauses.



In einem Schreiben an die Bürgerschaft nahm der Verein:"Tagungsstätte alternative e.V." zu den Beschwerden sinngemäß folgendermaßen Stellung:
Unter anderem wird die Kritik als zweifellos berechtigt gesehen. Nachdrücklich wird jedoch darauf hingewiesen, daß Schmutz, Lärm und Belästigung von Passanten (Betteln) von Jugendlichen (den Punks) verursacht werden, die keine feste Gruppe des Hauses sind, dieses nur als Treffpunkt benutzen. Durch die zunächst noch mangelnde Identifizierung dieser Jugendlichen mit dem Haus ist es für die Leute der "alternative" extrem schwierig, sie an allgemein akzeptable Umgangsformen zu gewöhnen (jawollja, denn wie mein Großvater schon immer sagte: Diziplin ist alles, oder wa? d.Ti.). Vor einem Jahr hatte dies bereits schon dazu geführt, daß über sämtliche Punks ein Hausverbot verhängt worden ist.
Folge war zunehmende Gewalttätigkeit, Neigung zur Kriminalität und neonazistische Tendenzen. Erst durch erneutes Eingreifen der "alternative" und Einflußnahme auf die Punkszene konnte dies zum Stillstand gebracht werden. Polizisten selbst bestätigten, daß, seit die Punks wieder in der "alternative" verkehren, wesentlich weniger Einsätze gegen diese Gruppe gefahren werden mußten.

Solche praktische Arbeit mit Jugendlichen kann aber nicht in einem Zeitraum von wenigen Wochen bewältigt werden und voll zufriedenstellende Ergebnisse erzielen. Fest steht, daß die gegenwärtigen, durchaus zu beseitigenden, Störungen der Anwohner keinen Vergleich mit den Zuständen standhalten würden, die herrschten, wenn die Arbeit der "alternative" nicht weitergeführt werden könnte.



Der Vorwurf gewaltätiger Auseinandersetzungen bezieht sich auf Angriffe der Skin-Heads - etwa 50 Jugendliche extrem militanter, neonazistischer Gesinnung - auf Ausländer, Personen linker Einstellung und vor allem auf die Punks. So ist das, was für unbeteiligte Anwohner wie blutiger Bandenkrieg aussehen muß, letztendlich reine Selbstverteidigung.
Gewalttätige Auseinandersetzungen sind keineswegs im Sinne der "alternative", deren Gruppen versuchen, dem rechtsradikalen Terror durch Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungskampagnen entgegenzuwirken.

Zur Kritik am Zustand des Hauses sei gesagt, daß, seitdem die "alternative" das Haus nutzt, Instandhaltungsarbeiten wie Streichen, Verputzen, Renovierung der Fußböden u.v.a.m. ausschließlich von den Gruppen durchgeführt werden.
Zu den dringend nötigen Dachreparaturen würden der "Trave" zahlreiche Arbeitskräfte zur Kostensenkung zur Verfügung gestellt.

Abschließend wird nochmals betont, daß die Jugendarbeit, besonders die Arbeit mit den Punks, zwar schwierig und langwierig ist, gleichzeitig Freude macht. Von den städtischen Jugendzentren könnte sie nicht geleistet werden - dies wurde von den Mitarbeitern dieser Zentren und Jugendpflegern mehrmals so bestätigt.
Soweit also zur Stellungnahme des Vereins "Tagungsstätte alternative e.V." (der volle

Wortlaut des 2 -seitigen Briefes kann jederzeit eingesehen werden!)

NÜRNBERGER VERHÄLTNISSE

Seit der neusten Auflage der "Trave" dürfen sich nach 22 Uhr nur noch bis zu 50 Leuten gleichzeitig in der "alternative" aufhalten. Bei Zuwiderhandlung droht die Räumungsklage!

Betrachtet mensch die bisherigen Teilnehmerzahlen an Veranstaltungen in der "alternative" (z.B. 800 Leute bei der Mai-Fête 1978), wird die Willkür dieser neusten Auflage deutlich.

Der Verein "Tagungsstätte alternative e.V." ist denn auch spätestens nach der diesjährigen 1.Mai-Fête auf die Räumungsklage vorbereitet. Diese soll auf alle Fälle bis zur 2.Instanz durchgezogen werden.

Abschließend noch was zur Reaktion von "außen": Im Gegensatz zu CDU und FDP- Bürgerschaftsfraktionen stellt sich die SPD-Fraktion hinter die "alternative" (Opposition und Fortschritt, darum SPD! d.Ti.).

Die Lübecker Nachrichten haben, nachdem in der letzten Bürgerschaftssitzung das Thema verhandelt wurde, über die "alternative" Nachrichtensperre verhängt. Auch im Veranstaltungskalender werden Termine der "alternative" nicht mehr veröffentlicht.

[Ähnliche Nachrichtensperren der LN gegenüber unliebsamen BI's in der Vergangenheit verdeutlichen die Taktik dieses provinziellen Springer Blättchens]

Sollte die bevorstehende Räumungsklage der "Trave" eines Tages wirklich rechtskräftig werden, ist die Besetzung des Hauses Hüxstraße 69 angesagt. Mit einer Beteiligung von 100- 200 Leuten wird gerechnet. (Anmeldungen sind jederzeit möglich!)

Spätestens dann wird sich zeigen, ob die Obergurus unserer lieben Hansestadt Lübeck es riskieren, hier Nürnberger Verhältnisse zu inszenieren!



MAIRESTPROGRAMM ALTERNATIVE:

Sa 14.5. CUSTARD PIE Rock mit deutschen Texten 20⁰⁰ 3,-

Sa 28.5. Mescalito Jazz-Rock 20⁰⁰ 3,-



BETR.: ORIENTIERUNGSEINHEIT FÜR ERSTSEMESTER

Im Wintersemester 1983/84 kommen zum ersten Mal Studenten in die Vorklinik Lübeck.

Wir planen eine Orientierungseinheit, um ihnen den Einstieg in das Medizinstudium und das Eingewöhnen in Lübeck zu erleichtern.

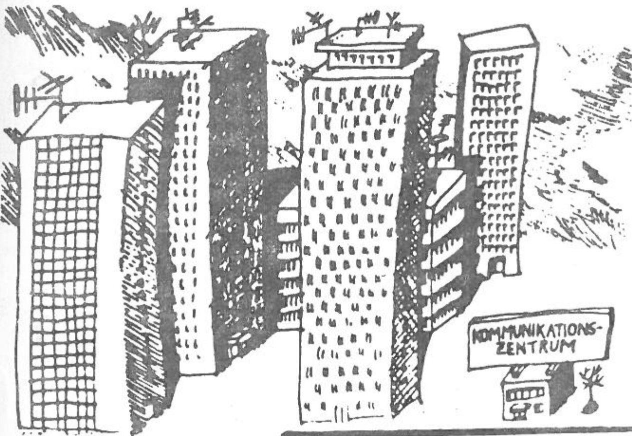
WIR WOLLEN DAZU EINE ARBEITSGRUPPE GRÜNDEN UND UNS AM MITTWOCH, den 25. 5. 83 12.30 (nach Genetik) zum ersten Mal im ASTA treffen.

Ansprechpartner: Fidi, Annette oder mittags im ASTA



WAS MAN IM «ZENTRUM» ALLES MACHEN KANN

Außer der Alternative gibt es in Lübeck noch das "Zentrum" in der Mengstraße. Es gilt als Prunker der Stadt Lübeck und als beispielhaft im Bereich der Jugendarbeit, da es genügend Platz und viele Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, aber auch zur politischen Arbeit bietet.



- Gruppen und Initiativen können kostenlos Räume bekommen für Gruppentreffen und Veranstaltungen. (Auskunft: Zentrum, Mengstr. 55, Tel.: 1225158)
- Es gibt eine ganze Menge Arbeitsgemeinschaften, wo man für DM 5,- im Vierteljahr was machen kann (Töpfern, Foto, Joga, Jazzgymnastik etc.) Auskunft: 1225158
- Man kann in die Röhre (Kneipe) gehen und was essen, trinken (sehr billig), klönen, Spiele ausleihen etc. Öffnungszeiten Mo-Freit.15-18 Uhr, 19-24 Uhr. Auskunft: 1225158 od. 74719
- Man kann Kulturveranstaltungen besuchen (Musik, Theater, Film, Ausstellungen, Seminare), übrigens auch sehr billig.

Alle zwei Monate gibt es ein ausführliches Programm, in dem alle Veranstaltungen ausführlich angekündigt werden.

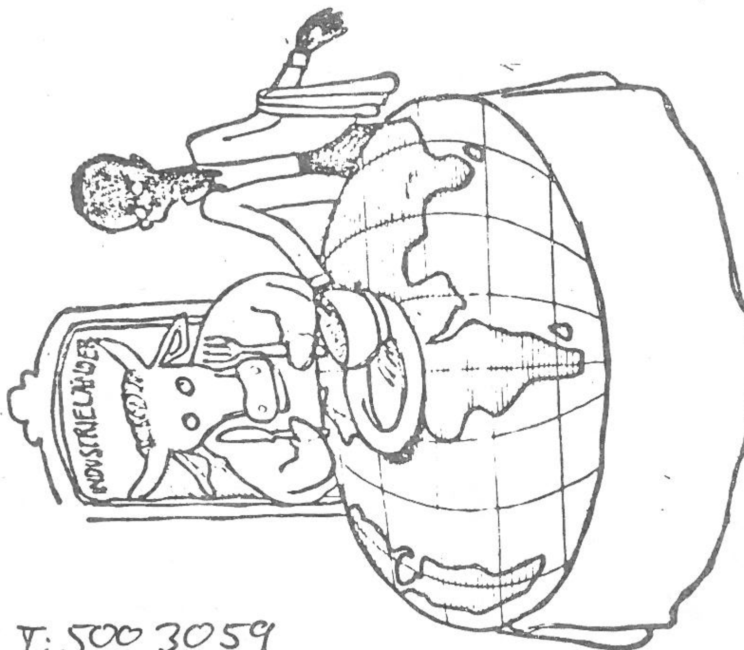
Auskunft sonst: Musik, Theater:1225157
Film, Seminare:76560

Aus Hungerländern frisch auf den Tisch

3. Welt

»Die Welt hat das Geld, die Ressourcen und die Technologie, um den Hunger zu überwinden«, stellt die Landwirtschaftsorganisation (FAO) der Vereinten Nationen (UNO) zum Welternährungstag 1981 fest.

Eine **Ausstellung** in der Diele mit **Informationen**, Dias, Büchern, Kaffee und Vorschlägen fürs **Handeln**



im Zentrum-Diele Mengstr.
von Sa. 28.5. bis Sa. 4.6.
täglich ab 15:00
vormittags n.V.

Kontakt + ViSP
3. Welt Gruppe
Ratzeburgerallee

T: 500 3059